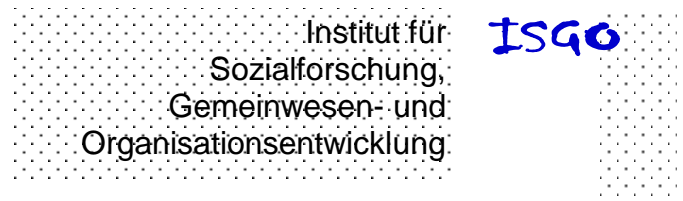


Darriwald 2 □ 79108 Freiburg

An die
Stadt Rastatt
Fachbereich Jugend, Familie und Se-
nioren
Kaiserstr. 48



76437 Rastatt

Bericht zur Evaluation der Gemeinwesenarbeit in Rastatt

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit legen wir Ihnen den Bericht zur Evaluation der Gemeinwesenarbeit in der Stadt Rastatt vor.

Vereinbart war eine unabhängige, externe wissenschaftliche Evaluation, Beratung und Begleitung der Gemeinwesenarbeit der Stadt Rastatt. Evaluation wurde im Sinne des Einsatzes sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden zur Verbesserung der Planung, der Steuerung und der Kontrolle sowie einer möglichst optimalen Effektivität und Effizienz der eingesetzten Mittel und Methoden verstanden. Es sollte vor allem um eine kritische wissenschaftliche Reflexion und Begleitung des gewählten innovativen Handlungsansatzes im Verständnis einer kommunalen Gemeinwesenarbeit gehen.

I. Konkrete methodologische Vorgehensweise im Evaluationsprozess

Für die konkrete Forschungsarbeit hieß dies vor allem, mit den maßgeblichen Akteuren und Ebenen der kommunalen Sozialverwaltung von Rastatt in einem dialogischen Prozess die konkreten Vorgehensweisen zu erörtern und zu vereinbaren. Darüber hinaus sollten die vorhandenen Wissensbestände der beteiligten Fachkolleg*innen sowie der engagierten Bürger*innen vor Ort einbezogen werden.

In diesem Sinne wurde für den folgenden Evaluationsbericht ein sozialwissenschaftlicher Methodenmix angewandt, der hier nur kurz angerissen werden soll:

1. Aufarbeitung der vorliegenden kommunalpolitischen Dokumente, insbesondere der konzeptionellen Materialien sowie der Berichte und Dokumentationen der Gemeinwesenarbeit in Rastatt.

2. Strategie- und Reflexionsgespräche mit Herrn Bürgermeister Pfirrmann, Erster Beigeordneter der Stadt Rastatt und Herrn Hils, Leiter des Fachbereiches Jugend, Familie und Senioren sowie Herrn Rodriguez, Leiter des Kundenbereiches Kommunale Sozialarbeit.
3. Fachgespräche mit den fünf Gemeinwesenarbeiter*innen der Stadt Rastatt, sowohl individuell als auch im Team.
4. Sozialraumerkundungen und -begehungen vor Ort, um die jeweiligen sozialräumlichen Gegebenheiten auch sinnlich erfahren zu können
5. Teilnehmende Beobachtungen an verschiedenen Aktivitäten und Veranstaltungen sowie eigenständige, „flanierende Beobachtungsaktionen“ in den jeweiligen Standorten.
6. Interviews mit Schlüsselpersonen und engagierten Bewohner*innen in allen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit.
7. Interviews mit Vertreter*innen der Fraktionen des Gemeinderates der Stadt Rastatt.
8. Interviews mit zwei Vertreter*innen der Bürgervereine.
9. Straßeninterviews nach dem Zufallsprinzip mit Passant*innen in den vier Stadtteilen.
10. Triangulation der Forschungsbefunde mit dem wissenschaftlichen Fachdiskurs.

II. Bezugnahme auf die Historie der Gemeinwesenarbeit in Rastatt und den vorausgegangenen Evaluationsbericht 2012 durch Dr. Clemens Back

1. Organisationale Entwicklung

Die Gemeinwesenarbeit der Stadt Rastatt kann auf eine lange Tradition aufbauen. Sie beginnt bereits im Jahre 1972, als der Kinderschutzbund gemeinsam mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Stadtjugendamtes Rastatt, gestützt auf ehrenamtlichen Helfern im Wohngebiet Lützowerstraße 7-9 aktiv wurden. Erstmals wurden im dortigen Wohngebiet Begegnungsräume zur Durchführung einer Lern- und Spielhilfe angeboten.

Ein wesentlicher Entwicklungsschub erfolgte in den Jahren 1989 bis 1991, als auch durch bauliche Sanierungsmaßnahmen vorhandene benachteiligende Wohnverhältnisse in der Lützowerstraße 7 und 9 gemindert wurden. In Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Schwalb von der Katholischen Fachhochschule Freiburg konnte für diese Arbeit eine fachwissenschaftliche Konzeption entwickelt werden, die vom Gemeinderat der Stadt Rastatt beschlossen wurde. Dabei wurde eine Projektlaufzeit auf sieben bis zehn Jahre beschlossen. Zugleich erfolgte eine großzügige personelle Aufstockung auf bis zu sechs Personalstellen und eine räumliche Ausweitung auf insgesamt neun Räume mit 228 qm.

Im Jahre 1994 erfolgte eine erste Evaluation durch die Katholische Hochschule mit dem Ergebnis, dass einerseits die Fallzahlen im Aufgabenbereich des KJHG und des BSHG deutlich reduziert werden konnten und deshalb andererseits im Sinne einer Normalisierung wieder eine Trennung von Gemeinwesenarbeit und Aufgabenerfüllung nach dem KJHG und dem BSHG vorgenommen wurde.

Drei Jahre später, anno 1997, erfolgte eine wegweisende Öffnung der Gemeinwesenarbeit über das Wohngebiet Lützowerstraße 7 - 9 hinaus. Im Sinne eines kommunalpolitischen Integrationsauftrages wurde die Gemeinwesenarbeit zusätzlich auf den Stadtteil Dörfel ausgedehnt. Nur ein Jahr später beschloss der Gemeinderat der Stadt Rastatt am 19.10.1998 nunmehr die Gemeinwesen- und Stadtteilarbeit auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und bedarfsorientiert in den jeweiligen Stadtteilen einzusetzen, was konkret im Jahre 2000 durch ein zusätzliches Engagement im Stadtteil Rastatt-West auch erfolgte. Nur ein Jahr später wurde das Stadtteilbüro von der Lützowerstraße ins Zentrum des Stadtteils Dörfel (Ritterstraße 26) verlegt und im Friedrichsring 15 ein vorläufiges Stadtteilbüro für den Stadtteil Rastatt-West eröffnet. Gleichzeitig wurden die Planstellen um ein Drittel auf vier Planstellen reduziert, wobei der Wohngebietsbezug von ursprünglich begrenzt auf die Lützowerstraße 7 – 9 auf zunächst ganz Dörfel und dann noch zusätzlich auf Rastatt West erweitert wurde.

Eine zusätzliche Ausweitung wurde im Jahre 2005 vermeldet, als in der Kinderschule Amalie Struve eine Gemeinwesenarbeitsstelle zur sozialen und kulturellen Integration der Nachbarschaften und Stadtviertel geschaffen wurde.

2006 beschloss der Gemeinderat die Übernahme des Kontaktpunkts Rheinau, damit nach Auslaufen der Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Rheinau-Nord eine Gemeinwesenarbeit mit dem Schwerpunkt Jugendarbeit aufrechterhalten werden konnte. Ergänzend wurde 2008 in der Ladenzeile des Stadtteilbüros Rheinau-Nord zusätzlich eine Gaststätte erworben, um dort weitere Räume für die Jugendarbeit im Stadtteil einzurichten.

2010 erfolgte schließlich, im Rahmen des Programmes „Soziale Stadt“, die Übersiedlung des Stadtteilbüros Friedrichsring 15 in das Kantorenhaus am Leopoldring 2c. Dort ist im Erdgeschoss zugleich der Erinnerungsraum zur jüdischen Geschichte in Rastatt eingerichtet worden.

2011 wurde die Stelle der Gemeinwesenarbeit in der Kinderschule Amalie Struve aus diesem Kontext wieder herausgelöst und der übrigen städtischen Gemeinwesenarbeit zugeordnet. Als Arbeitsfeld wurden die Stadtbezirke rund um den Bahnhof und dem Stadtteil Industrie zugewiesen. Mit einem veränderten Konzept ist die Gemeinwesenarbeit seit Januar 2014 in einem Stadtteiltreff in der Raumentaler Straße 8b präsent.

Es wurde deutlich gemacht, wie sich die Gemeinwesenarbeit in einem Zeitraum von mehr vierzig Jahren in Rastatt in ihrer Stadtteilpräsenz verändert hat. Dabei mussten Fragen nach der inhaltlich-konzeptionellen Entwicklung in Rastatt angesichts des gleichzeitigen rasanten sozialen, kulturellen und politischen Wandels an dieser Stelle leider außer Acht bleiben. Ebenso wenig konnte hier eine konzeptionelle Reflexion der diversen Handlungsansätze entfaltet werden.

Die letzte umfängliche Evaluationsstudie zur Gemeinwesenarbeit wurde in Rastatt im Jahre 2012 durchgeführt. Einige wesentlich erscheinende Befunde jener Studie sollen im Folgenden aufgegriffen werden.

2. Bezug zum Evaluationsbericht 2012

Vor sieben Jahren kam der Evaluationsbericht zu einer insgesamt sehr positiven Bewertung der Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in Rastatt: „Auf Grundlage der vorliegenden Evaluation und Wirksamkeits-Abschätzung lässt sich zusammenfassend feststellen, dass Gemeinwesenarbeit als Grundarbeitsprinzip in Rastatt zu verankern eine langfristig sinnvolle Entscheidung war. Dabei sollte sie in ihrem Umfang beibehalten und der Standort der Gemeinwesenarbeit aus der Kinderschule Amalie Struve in das Stadtviertel Bahnhof und den Stadtteil Industrie verlegt werden. Bei der komplexen Analyse kann eine positive Schlussfolgerung gezogen werden. Dass Gemeinwesenarbeit die Entwicklung von Stadtteilen positiv beeinflussen kann, zeigen die Erfahrungen aus den drei untersuchten Stadtteilen.“ (S. 38)

Auf der Basis dieser positiven Gesamtbilanz wurde ausdrücklich empfohlen, „die in Rastatt eingerichtete Gemeinwesenarbeit fortzuführen“. Im Konkreten wurde angeregt, den Ausbau der Jugendtreffplätze im gesamten Stadtgebiet weiter zu verfolgen und Räume entstehen zu lassen, „wo der Aufenthalt benachteiligter Jugendlicher deutlich erwünscht ist und es ihnen ermöglicht wird, Anerkennung auch über die Gleichaltrigengruppe hinaus zu erlangen“(S. 39). Ferner wird „eine Beteiligung der Gemeinwesenarbeit an der Entwicklung eines Demographiekonzepts für die Stadt Rastatt“ (S. 39) für wünschenswert gehalten.

Die nunmehr vorgelegte Evaluationsstudie eignet sich dafür nicht, als Fortführung dieser vorangegangenen Einschätzung der Gemeinwesenarbeit in Rastatt verstanden zu werden. Zu unterschiedlich waren die Zielsetzungen und Vorgehensweisen. Insbesondere wird in dieser jetzigen Studie, wie dazulegen sein wird, nicht der Anspruch erhoben, wissenschaftlich valide, auf empirische Analysen basierende, *Wirkungshypothesen* im Hinblick auf die in Rastatt geleistete Gemeinwesenarbeit anzubieten. Dessen ungeachtet wird auf die eine oder andere Aussage von 2012 noch einmal Bezug genommen.

Was waren die Intentionen der vorliegenden Untersuchung? Welches Evaluationsverständnis liegt ihr zugrunde?

III. Forschungshintergrund und - design

1. Grundverständnis und erkenntnisleitende Interessen dieser Evaluationsstudie

Was verstehen wir unter „Evaluation“? Folgt man dem Großen Brockhaus, dann wird mit dem Wort Evaluation, das vom englischen „value“ abgeleitet wird, „die Auswertung einer Erfahrung durch eine oder mehrere Personen“ bezeichnet. Nach Lars Balzer geschieht dies „unter Zuhilfenahme sozialwissenschaftlicher Methoden durch Personen, die für diese Tätigkeit besonders qualifiziert sind. Das Produkt eines Evaluationsprozesses besteht in der Rück-

meldung verwertbarer Ergebnisse in Form von Beschreibungen, begründeten Interpretationen und Empfehlungen an möglichst viele Beteiligte und Betroffene, um den Evaluationsgegenstand zu optimieren und zukünftiges Handeln zu unterstützen.“ (2005:16) [Balzer, Lars (2005): Wie werden Evaluationsprojekte erfolgreich? Ein integrierender theoretischer Ansatz und eine empirische Studie zum Evaluationsprozess. Verlag Empirische Pädagogik, Landau]

Es geht also mithin um „die Summe systematischer Untersuchungen, die empirische, d.h. erfahrungsbasierte Informationen bereitstellen, so dass es möglich wird, den Wert (Güte und Verwendbarkeit) eines (in der Regel sozialen) Evaluationsgegenstandes einzuschätzen.“ (Beywl u. Associates GmbH 2010) [Univation - Institut für Evaluation Dr. Beywl & Associates GmbH: Glossar wirkungsorientierte Evaluation.

[http://www.univation.org/glossar/show_entry.php?id=39 Stand: 01.2010].

Seriöse wissenschaftsbasierte, also einer kritischen Überprüfung standhaltende, empirische Wirkungsforschung erfordert eine spezifische, sehr anspruchsvolle Grundausrüstung und –struktur. Notwendig sind eine sorgfältige, mittel- und langfristig ausgelegte Handlungssystematik, mit einer umfassenden Sach-, Fach- und Personalstruktur. Selbst dann lassen sich jedoch eindeutige Wirkungszusammenhänge, im positiven wie im negativen Sinne, selten eindeutig als gesichert nachweisen. Zu vielfältig sind die möglichen sonstigen Einflüsse, die neben den professionellen Interventionen mehr oder weniger intensiv den Verlauf diverser Entwicklungen gerade in personenbezogenen, sozialen und strukturellen Zusammenhängen (mit-) beeinflussen könnten. Es ist ferner naheliegend, dass vernünftige Aussagen über stringente Wirkungszusammenhänge eine konkrete differenzierte Analyse der Ausgangssituation zu einem bestimmten Zeitpunkt voraussetzen. Darauf folgend sind konkrete Ziele, einschließlich geeigneter Indikatoren, mit möglichst vielen „Stakeholdern“ (involvierte Personen und Institutionen) in einem kommunikativen Aushandlungsprozess auszuloten und zu vereinbaren. Diesen solchermaßen formulierten Sollzustand gilt es, mit Hilfe eines professionellen Handlungskonzeptes so anzuvisieren, dass durch eine planvolle, nachvollziehbare, methodologische Vorgehensweise dessen Realisierung wahrscheinlich wird. Dies impliziert eine hinreichende fachliche, sachliche und personelle Ausstattung sowie eine umfassende politische und institutionelle Unterstützung der professionellen Fachkräfte. Selbstverständlich müssen alle wichtigen Aktivitäten auch transparent dokumentiert werden. Wissenschaftlich betrachtet, verlangt eine solche seriöse Wirkungsforschung ein „vergleichsweise komplexes methodisches Instrumentarium, das es erlauben soll, Effekte erbrachter Leistungen zu ‚kontrollieren‘, d.h. die Effekte möglichst zuverlässig den Maßnahmen bzw. Programmen zuordnen und zugleich die nicht direkt der Maßnahme geschuldeten Effekte ‚herauszufiltern‘“ (Schrödter/Ziegler 2007:19).

Diese idealtypische Konstellation ist in der Praxis der Gemeinwesenarbeit nur selten anzutreffen. Auch wenn die Stadt Rastatt zweifelsfrei über eine beachtlich professionelle Gemeinwesenarbeit gleich in vier Stadtteilen verfügt, ist doch zu konstatieren, dass eine wissenschaftlich valide Wirkungsevaluation in dem oben skizzierten Sinne leider nicht möglich ist.

Um die Prozesse und Leistungen der Gemeinwesenarbeit zu beobachten, zu interpretieren und in zielführende Handlungskonzepte zu transferieren, bedarf es zunächst noch einer Einbettung

in ein übergeordnetes Forschungsmodell. Konkret wird hierfür Bezug auf die „Feld- und Handlungsforschung“ von Kurt Lewin genommen, die dieser seit 1944 „Action Research“ nannte, was auf Deutsch mit „Aktionsforschung“ umschrieben wird. Hierunter wird eine Forschung verstanden, die sich mit den Wirkungen und Zusammenhängen von sozialen Interventionen und sozialen Veränderungen im Feld befasst. Auf dieses Forschungsverständnis wird insbesondere zurückgegriffen, weil in diesem Kontext „jene Menschen und Menschengruppen, welche von den Wissenschaftlern untersucht werden, nicht mehr bloße Informationsquelle des Forschers [sind], sondern Individuen, mit denen sich der Forscher gemeinsam auf den Weg der Erkenntnis zu machen versucht“ (Stangl 2018). Es findet ein interaktiver Forschungsprozess statt, in dem die in der Praxis in unterschiedlichen Rollen handelnde Akteure keine passiven Objekte der Beobachtung sind, sondern selbst aktiv und reflektierend in die Gerierung von Erkenntnissen einbezogen werden. Bezogen auf die Gemeinwesenarbeit in Rastatt bedeutete dies, dass es darum ging, die unterschiedlichen Stakeholder in den Prozess der Erkenntnisgewinnung direkt einzubeziehen. Konkret waren dies die verantwortlichen Leitungs- und Führungskräfte in der Verwaltung, die hauptamtlichen Gemeinwesenarbeiter*innen in den Einrichtungen, engagierte Bürger*innen in den jeweiligen Projekten, aber auch politisch Verantwortliche aus dem Gemeinderat sowie aus Bürgervereinen und last but not least nach dem Zufallsprinzip auf der Straße angesprochene Bürger*innen.

Die vorliegende Evaluationsstudie ging auf diese Weise über die bisher stattgefundenen Untersuchungen der Rastatter Gemeinwesenarbeit hinaus. Damit sollte nicht etwa den bei der Stadtverwaltung angestellten Fachkräften die Expertisefähigkeit abgesprochen werden. Sie wurden ja durchaus in exponierter Weise eingebunden. Vielmehr ging es vor allem um zweierlei: Zum einen sollten die Einstellungen, Erfahrungen und Erkenntnisse gerade der zivilgesellschaftlichen Akteure als wertvolle Informationsquelle genutzt werden. Gleichzeitig sollte auf diese Weise allen im Prozess beteiligten Personen ihre besondere Rolle und Verantwortung im Gemeinwesen rückgekoppelt werden. Es ist anzunehmen, dass damit alle in diesem Untersuchungsprozess involvierten Personen auch für die weitere Entwicklungsdynamik sensibilisiert und aktiviert wurden. Insoweit wurden die stattgefundenen Gespräche und Interviews auch im Sinne einer „aktivierenden Befragung“ konzipiert und durchgeführt (vgl. Lüttringhaus, Maria; Richers, Hille: Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn, 2003). Last but not least geht es bei der Einbeziehung von Mitgliedern des Gemeinderates auch darum, eine integrierende Strategie der Stadtentwicklung zu unterstützen. Im Sinne eines Good-Governance-Prozesses werden die unterschiedlichen Akteure aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft gleichermaßen angesprochen und miteinander vernetzt. Nur wenn alle wichtigen Betroffenen und Verantwortungsträger zusammengeführt werden, können nachhaltige Wirkungen erzielt werden.

Die vorliegende Untersuchung will forschungsmethodologisch diesen Vernetzungsprozess unterstützen. Insoweit ist dieser Evaluationsansatz zugegebenermaßen auch normativ konzipiert, er impliziert ein integrierendes professionelles Handlungsmodell.

Diesen methodologischen Diskurs abschließend, sollen noch einmal Schröter und Ziegler zu Wort kommen: „Aufgrund der großen Komplexität der zu untersuchenden Reformprozesse ist

es nahezu unmöglich, zwischen den verschiedenen Prozessaktivitäten einerseits und den zu beobachtenden (erwünschten und unerwünschten) Effekten andererseits kausale Wirkungszusammenhänge herzustellen und diese – ggf. sogar in quantifizierter Form – zu belegen. Die Untersuchungen sollten deshalb darauf verzichten, den Anschein zu erwecken, die „Wirkungen“ solcher Prozesse abbilden zu können, und statt dessen von vornherein darauf abzielen, mit einem vertretbaren Aufwand gut begründete und plausible Befunde zu erarbeiten, die für die Verbesserung und Weiterentwicklung der Reformkonzepte und ihrer Umsetzungsstrukturen genutzt werden können.“

2. Sozial- und Gemeinwesensentwicklung in Rastatt

2.1 Allgemeine Rahmenbedingungen und Tendenzen

Gemeinwesenarbeit findet so wenig wie andere sozialpolitische Interventionsformen in einem luftleeren Raum statt. Ihr Handeln wird immer von den konkreten gesellschaftlichen und lokalpolitischen Entwicklungen und Konstellationen geprägt. Vor welchem Hintergrund wird hier über die Gemeinwesenarbeit in Rastatt diskutiert?

Auf der Homepage der Stadtverwaltung heißt es: „Der ständige Wandel in der Gesellschaft stellt auch die Stadt Rastatt fortlaufend vor große Herausforderungen“. Ohne diesen Wandel differenziert darzustellen, wird programmatisch die Notwendigkeit festgestellt, eine städtische Sozialplanung sei „auf die Bedürfnisse der Menschen in Rastatt ausgerichtet und greift die aktuellen sozialen Themen auf. Sie beachtet dabei die demografischen Faktoren und die sozialräumlichen Besonderheiten. Ihr Ziel ist die fachliche Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur auf der Grundlage des festgestellten örtlichen Bedarfs.“ (ebenda) Das ist zweifelsfrei zu unterstützen. Vielleicht ist der Hinweis nützlich, dass sich die Gemeinwesenarbeit historisch immer im Kontext von Sozial- und Stadtplanung entwickelt hat. Vielerorts wird sie sowohl als mitplanender Akteur als auch als ein Instrument derselben Fachabteilungen verstanden.

Tatsächlich wird bei einer näherer Betrachtung der gesellschaftlichen Lage deutlich, dass die gegenwärtigen Wandlungsprozesse nicht etwa wertfrei oder gar egalitär von statten gehen und alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen betreffen. Vielmehr verstärken die vielfältigen Phänomene des sozialen Wandels die schon vorhandenen sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Disparitäten innerhalb der Gesellschaft. In den meisten westlichen Ländern hat sich seit dem Ende der 1980er/Anfang der 90 er Jahre, im Zuge der sogenannten „Deregulierung“ die soziale Ungleichheit verschärft. Neben den sozio-ökonomischen Differenzlinien, dem Rückgang des Einflusses bislang großer integrativer Kräfte und Organisationen, z.B. Kirchen und Parteien, begegnen uns nicht nur allgemeine Orientierungslosigkeit, Politik- und Staatsverdrossenheit sondern auch verschärft sozio-kulturelle Spannungs- und Spaltungslinien.

Diese vielfach als „Auflösungsprozesse“ wahrgenommenen Folgen der weltweiten klimatologischen, technologischen, kulturellen und wirtschaftlichen Globalisierung führen nicht nur zu neuartiger Mobilität und Kommunikation. Es entstehen allenthalben auch Prozesse der Migra-

tion mit grenzüberschreitenden Massenbewegungen. Die großen Zuwanderungen insbesondere in den Jahren 2014 und 2015 markieren die Spitze eines Eisberges. Ihre Ursachen und Auslöser sind keineswegs aufgehoben worden, so dass wir uns auch zukünftig auf vergleichbare Ereignisse einstellen müssen. Bekanntermaßen hatten diese Entwicklungen zugleich Gegenbewegungen zu Folge, die das alte Modell von geschlossenen Weltbildern, patriotischer Regional- und Nationalgesellschaften bis hin zu scheinbar homogenen Stadt- und Dorfgemeinschaften hochhalten möchten. Hierauf wird noch einzugehen sein.

Es gibt aber noch ein weiteres Wandlungsphänomen. Nicht zuletzt mit Hilfe der digitalen Medien vernetzen sich immer mehr Menschen in bislang unbekannt Dimensionen, allerdings immer mehr mit Gleichgesinnten und Ihres-/Seinesgleichen. Dieser Trend des Rückbezugs auf das Vertraute und Gewohnte, mithin auf Gruppen und Netzwerken, wo sich Menschen mit ähnlicher Biographie, Kultur und Lebenswelten zusammenfinden, ist äußerst ambivalent. Denn einerseits hat dies eine Stärkung des eigenen Wirkungskreises zu Folge, andererseits werden damit auch immer wieder andere bewusst und unbewusst ausgegrenzt und marginalisiert. Manche sprechen auch von „Parallelcommunities oder -gesellschaften“. Traditionelle Vorstellungen von Gemeinschaften und Gemeinwesen, die nicht selten auf harmonische Modelle der Integration und Identifikation basieren, werden massiv in Frage gestellt. Sie scheinen nicht mehr in diese „neue Welt“ hinein zu passen. Rückwärts gewandte Kräfte können diesen Prozess nicht gut bewältigen. Sie versuchen immer wieder sich gegen diese neuen Phänomene zu stemmen, was mitunter an Don Quijote erinnern mag. Gleichzeitig entstehen in diesen Wandlungsprozessen aber auch völlig neue Chancen und Perspektiven.

Sehr treffend hat Oberbürgermeister Hans Jürgen Pütsch in seiner aktuellen Neujahrsansprache die politisch wohl größte Herausforderung formuliert:

„Und nachdenklich macht mich auch das Erstarken der Populisten, der Hetzer, der „Fake - Newser“ in weiten Teilen der Welt, gerade auch hier in Europa. Offensichtlich herrscht noch immer eine übersteigerte Angst vor Überfremdung. Offensichtlich haben manche die Nase voll von Globalisierung und Freizügigkeit. Oder was sonst ist Ursache für dieses Wählerverhalten? ... Ich denke: Nein! Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir uns übertriebenem Nationalismus und vor allem dem Populismus und denen, die Angst schüren und hetzen, entschieden entgegenstellen! Das ist gelebte Demokratie! Ja, auf dieses mutige, aufrechte Agieren zum Wohle unserer Stadt kommt es an – und auf unseren Zusammenhalt.“

Im Rahmen dieser Evaluation wurden in den Quartieren, in denen in Rastatt Gemeinwesenarbeit implementiert ist, rund 50 kurze Straßeninterviews durchgeführt. In nahezu allen diesen Begegnungen kamen die interviewten Bürger*innen auf die Themen der Migration und Zuwanderung einerseits, zugleich aber auch der Abgrenzung gegenüber den vermeintlich Fremden zu sprechen. Sehr häufig kam dies selbst von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich gegenüber anderen Personen deutscher oder migrantischer Abstammung abwertend äußerten. Die Angst vor den Anderen, den Fremden, ist offensichtlich auch in Rastatt allenthalben anzutreffen. Wer die Wahlergebnisse in Rastatt der letzten Jahre dahin gehend betrachtet, wird zweierlei beobachten: Einerseits das überdurchschnittlich erfolgreiche Abschneiden einer rechtspopulistischen Partei, andererseits die überaus hohen Stimmenanteile dieser

Rechtspopulisten auch in jenen Stadtteilen, in den besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund wohnen. Der soziale Zusammenhalt ist augenscheinlich gefährdet.

Inwiefern diese Phänomene für die Gemeinwesenarbeit von Relevanz sind, wird zu diskutieren sein. Zunächst sollen an dieser Stelle die oben angerissenen sozio-ökonomischen Wandlungsindikatoren in Rastatt anhand des zugänglich gemachten Datenmaterials beleuchtet werden.

2.2 Sozialstrukturelle und sozioökonomische Statistiken

Mit dem Sozial- und Bildungsbericht legt die Stadt Rastatt alle fünf Jahre Grundlagendaten zur Sozialplanung vor. Die folgenden Daten sind dem Sozial- und Bildungsbericht 2019 entnommen und beziehen sich auf den 31. 12. 2107, sofern nicht anders angegeben.

2.2.1 Bevölkerungswachstum

Weltweit beobachten wir Verstärkerungs- und Urbanisierungsprozesse, die sich in Deutschland seit geraumer Zeit in Form einer Re-Urbanisierung ausdrücken. Wie schwierig Eindeutigkeiten bei sozialwissenschaftliche Analysen und Prognosen sind, wurde bereits unter dem Stichwort „Wirkungszusammenhänge“ hier diskutiert. Die Stadt Rastatt lieferte mit ihrem Sozial- und Bildungsbericht aus dem Jahre 2012 ein weiteres gutes Beispiel. Dort heißt es u.a.: „In den kommenden Jahren wird Rastatt deutlich an Einwohnern verlieren. Die Geburten- und Sterberate zeigt dies eindeutig. Auf 361 Geburten kommen im Jahr 2012 471 Sterbefälle (vgl. Ziff. 1.2). Aufgrund zurückgehender Geburtenzahlen wird nachfolgend die Zahl der Kinder und Jugendlichen deutlich sinken. Dies wird veränderte gesellschaftliche Realitäten nach sich ziehen. Eine Steigerung der Fertilitätsrate von 1,31 im Landkreis Rastatt im Jahr 2012 (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg) auf den Reproduktionsfaktor von min. 2,1 ist aus heutiger Sicht nicht erreichbar und selbst wenn dies gelingen könnte, wären die Auswirkungen des Geburtenrückgangs der letzten 40 Jahre zu bewältigen. Der Rückgang der Bevölkerung und die Alterung der Gesellschaft sind deshalb unumkehrbar und nur noch durch Wanderungsgewinne in geringem Umfang zu beeinflussen.“

Nachdem es eine Zeit lang in vielen Städten tatsächlich schwindende Einwohnerzahlen gab, ist inzwischen ein deutlicher Trend wieder zum Wohnen in der Stadt zu verzeichnen. Das betrifft heute auch Familien mit Kindern, die wieder bevorzugt in der Stadt wohnen wollen und wie am Beispiel Rastatt gut nachzuvollziehen ist, sind dies insbesondere auch Migrant*innen und andere Zuwandernde. Die neuesten Statistiken der Stadt Rastatt unterstreichen diesen Trend: Seit 2010 ist die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner in Rastatt hierdurch stetig auf nunmehr 49.706 angestiegen. Das entspricht einem prozentualen Anstieg von 4,6 % (+2.269). Dies impliziert u.a. einen steten Anstieg des Bedarfes an sozialen, kulturellen, schulischen und sonstigen infrastrukturellen Gütern und Dienstleistungen. Deutlich wird dies durch eine Verschärfung der Nachfragen am Wohnungsmarkt. In den erwähnten Straßeninterviews wurden auch fehlende Wohnungen von Bürger*innen immer wieder angesprochen.

2.2.2 Demographischer Wandel

Signifikant sind zweifelsfrei die Kennzeichen des *demographischen* Wandels: „Nach Vorausschätzung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg wird im Jahr 2035 der Altersdurchschnitt in Rastatt bei 46,4 Jahren liegen. Hierzu werden in besonderem Maße die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1950 und 1969 beitragen, deren Anteil an der Rastatter Bevölkerung rd. 30 % ausmacht. Dagegen beträgt der Anteil der nachwachsenden Jahrgänge zwischen 1997 und 2017 lediglich noch 19,7 % und somit rund ein Drittel weniger Personen. Signifikant ist auch der hohe Anteil der über 65-Jährigen, der mit 20,6 % bereits heute höher ist als der Anteil der unter 21-Jährigen und der in Zukunft deutlich zunehmen wird.“

Auch wenn üblicherweise der öffentliche Fokus stets auf die älter werdende Bevölkerung gerichtet ist, soll zunächst darauf hingewiesen werden, dass Rastatt im Bereich der Altersklasse „Kindheit, Jugend, Ausbildung“ ebenfalls einen Anstieg um 5,2% verzeichnet. Dies trifft vor allem auf die Stadtteile Rastatt-West, Rastatt-Mitte, und Rastatt-Süd sowie Rheinau zu. Hier finden sich dann auch statistisch wieder die meisten Familien mit Kindern, nämlich in Rastatt-Süd, Rastatt-West, Rheinau-Nord und ebenfalls im Stadtteil Ottersdorf. Also treffen wir Familien in Rastatt sowohl in der Blockbebauung mit größeren Wohnungen als auch in Einzel-, Reihen- und kleineren Mehrfamilienhäusern. Wesentlich erscheint der Hinweis auf damit steigende Bedarfe an sozialer Infrastruktur wie Kindertagesbetreuung und Schule, mithin aber auch der Eltern- und Gemeinwesenarbeit oder der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Interessanterweise und nicht zufällig korrelieren diese Wachstumsphänomene auch mit der Präsenz von Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit.

2.2.3 Konzepte zum Älterwerden

Wir leben, aus globaler Sicht betrachtet, in einer vom Wohlstand gesegneten Region, in der auch immer mehr Menschen immer älter werden. Einerseits können sich die „neuen Alten“, die inzwischen mit immer wieder neuen begrifflichen Benennungen und Charakterisierungen regelrecht umworben werden, über diese geschenkte Lebenszeitverlängerung freuen. Andererseits impliziert dies auf Dauer notwendig auch einen zunehmenden Anteil hochbetagter älterer Menschen, die irgendwann vermehrt Unterstützung bei der Bewältigung alltäglicher Verrichtungen und persönlicher Pflege (Körper, Ernährung, etc.) benötigen. Sie können sich dann nicht mehr alleine helfen. Und die alten traditionellen Hilfesysteme, insbesondere die eigene Familie und Verwandtschaft sind mitunter überfordert oder gar nicht vor Ort. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wird nach Politik und Staat gerufen, sich im Rahmen der Daseinsorge mit der oft zitierten zunehmenden „Vergreisung unserer Gesellschaft“ zu befassen. Hohe Erwartungen richten sich vor allem an die Kommunen.

Aber es geht mithin nicht nur um die Betreuung und Pflege von älteren Hilfebedürftigen. Das Selbst- und Fremdbild der Menschen, die älter als 60 Jahre sind, hat sich in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert. „Das ursprünglich ergraute Alter ist bunt und vielfältig aktiv geworden“ lautet eine beliebte These der Gerontologie. Bereits im Sozial- und Bildungsbericht 2014 wurde zu recht daraufhin gewiesen: „Gerade die sog. aktiven Senioren haben eigene Wohnvorstellungen und individuelle Lebensstile und stellen neue Anforderungen an den

Wohn- und Sozialraum.“ (S. 108) Diese Bedarfe gelte es zu erheben. Für den Teilbereich „Wohnen“ sei hier auch auf die Ergebnisse der Wohnungsmarktanalyse 2017 für Rastatt (Stein-Statistik Stuttgart) hingewiesen. Nicht zuletzt könnten über eine „aktivierende Befragung“ nicht nur die Wünsche, sondern auch die Potenziale und Ressourcen dieser Bevölkerungsgruppe für die gemeinsame Gestaltung der Zivilgesellschaft erhoben werden. Gerade die vielen „aktiven Alten“ sind ein großes Gestaltungspotenzial für jede Gemeinschaft.

Aus alledem folgt eine „besondere Verantwortung der Kommunen für die Sicherung und Ausgestaltung der Daseinsvorsorge, wie sie sich nicht erst aus spezialgesetzlichen Regelungen, sondern im Grundsatz bereits aus dem Sozialstaatsprinzip sowie dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen ableitet.“ (Siebter Altenbericht – Auszug - Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode – IX – Drucksache 18/10210, S.1). Diese deutliche Verantwortungszuschreibung wurde durch das am 1.12.2016 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Dritte Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drittes Pflegestärkungsgesetz – PSG III) bestärkt. Es geht um eine stärkere Rolle der Kommunen in der Pflege u.a. in Form eines Initiativrechtes zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes für die kommunale Stelle, die auf örtlicher Ebene für die Hilfe zur Pflege bzw. für die Altenhilfe zuständig ist (Änderung in § 7c SGB XI). Hierfür stellt im Landkreis Rastatt das Landratsamt einen Pflegestützpunkt mit zwei Personalstellen bereit.

Auch das Ministerium für Soziales und Integration in Baden-Württemberg hat vor diesem Hintergrund mehrere Programme aufgelegt. Interessanterweise wird ein Fokus auf die Entfaltung der Gemeinwesen- bzw. der Quartiersarbeit gerichtet. „Quartier 2020 - Gemeinsam. Gestalten.“ lautet die Landesinitiative, deren Ziel es ist, Kommunen bei der Bewältigung der demographischen und sozialen Herausforderungen zu begleiten. Auf der Homepage des Ministeriums werden neue Strukturen des Zusammenlebens gefordert. „Quartiersentwicklung eröffnet die Chance, das Zusammenleben der Generationen und das Leben im Alter neu zu organisieren. Die Kommune ist dabei als ‚Motor im Sozialraum‘ federführend.“

Dr. Clemens Back hat in seiner Evaluationsstudie im Jahre 2012 schon auf die Notwendigkeit einer solchen kommunalpolitischen Initiative hingewiesen. Er wünschte „eine Beteiligung der Gemeinwesenarbeit an der Entwicklung eines Demographiekonzepts für die Stadt Rastatt“ (S. 39). Herr Dr. Back war damit dem Sozialministerium ein paar Jahre voraus. Aber seine Anregung war auch nicht aus der Luft gegriffen. Schon im Jahre 2009 hatte die renommierte Bertelsmann-Stiftung eine inzwischen sehr häufig zitierte und angewandte wissenschaftliche Studie „Netzwerk: Soziales neu gestalten (Hrsg.), Zukunft Quartier - Lebensräume zum Älterwerden, Band 2, Eine neue Architektur des Sozialen - Sechs Fallstudien zum Welfare Mix“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin heißt es u.a.: „Das institutionelle Rückgrat dieser Architektur bildet die in den Wohnprojekten fest verankerte *Gemeinwesenarbeit*. Die vorliegenden Erkenntnisse können die Politik, die Gemeinwesenarbeit und die Wissenschaft sozialer Arbeit bei der Beantwortung der Frage unterstützen, wie durch die Vermittlung vielfältiger Interessenlagen kleinräumige Unterstützungspotenziale zu entwickeln sind, um einen gelungenen Welfare Mix zu gestalten.“

Im ersten Sozial- und Bildungsbericht der Stadt Rastatt aus dem Jahre 2014 wird erfreulicherweise auf einen Problemtrend hingewiesen, der in der Öffentlichkeit noch relativ wenig Aufmerksamkeit findet: „Die Alterung der Bevölkerung wird auch die immer stärker wachsende Gruppe der Migranten in der Stadt betreffen. Das bedeutet auch einen zunehmenden Anteil pflege- und hilfebedürftiger Migranten mit wachsendem Unterstützungsbedarf. Das soziale Sicherungssystem muss daher auch in dieser Hinsicht noch stärker den Anforderungen einer zunehmend interkulturellen Gesellschaft Rechnung tragen.“ (S. 64)

Damit wurde 2012 unterstrichen, was in der Fachliteratur seit vielen Jahren bereits gefordert worden ist: „Das setzt voraus, dass einerseits die Belange von Minderheiten, Migrantinnen und Migranten wahrgenommen und andererseits die sozialen Ungleichheiten entlang der kulturellen Konstruktionen von Geschlecht und Ethnizität in den Blick genommen werden. Interkulturelle Orientierung in ihrer strategischen Funktion muss sich im Leitbild einer Organisation niederschlagen, konkretisiert sich in Zielen und richtet die Organisation auf die Querschnittsaufgabe aus.“ (Handshuck Sabine und Schröer Hubertus (2012), Interkulturelle Orientierung und Öffnung und Öffnung. Theoretische Grundlagen und 50 Aktivitäten zur Umsetzung, Augsburg)

Wenn sich die Stadt Rastatt den neuen demografischen Herausforderungen, einschließlich ihrer kultursensiblen Dimensionen, widmet, wird es sicherlich auch darum gehen müssen, dass sie diese zukunftssträchtigen Konzepte gemeinsam mit der Gemeinwesenarbeit entwickelt. Aus der Perspektive eines unabhängigen, von außen kommenden, Sozialarbeitswissenschaftlers gebührt dies freilich einer großen Dringlichkeit.

Im Sozial- und Bildungsbericht 2014 werden bereits einige Parameter eines solchen kommunalen Seniorenentwicklungs-Konzeptes verdeutlicht: „Die Selbständigkeit im Alter zu erhalten, solange und soweit dies möglich ist, ist Wunsch aller Menschen und sollte durch Unterstützungsangebote im Alltag und organisierte persönliche Ansprache ermöglicht werden. Bauliche Barrierefreiheit in Wohn- und Geschäftshäusern und in öffentlichen Gebäuden begünstigt dies ebenfalls und ermöglicht die Teilhabe. Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird dennoch zunehmend ansteigen, was bei der Entwicklung von Pflegeangeboten zu berücksichtigen wäre. Rastatt mit seiner besonderen sozialen Struktur wird die zusätzliche Aufgabe zufallen, auch Menschen mit geringem Einkommen, das Leben im Alter den Bedürfnissen entsprechend zu ermöglichen. Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund werden ebenfalls ihre spezifische Berücksichtigung finden müssen.“ (S. 107)

Die Fragen der „interkulturellen Orientierung und Öffnung“ werden im Kontext der Migrationsfragen noch vertiefend diskutiert. Zunächst gilt das Augenmerk den Menschen, die auch in der Bundesrepublik Deutschland leicht in Vergessenheit geraten, weil sie nicht unbedingt als solche in Erscheinung treten, nämlich Menschen in prekären Lebenslagen, bzw. in Armut lebende Menschen.

2.2.4 Prekäre Lebensverhältnisse

„Die Bundesregierung ist durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages aufgefordert, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht als Instrument zur Überprüfung politischer Maßnahmen und zur Anregung neuer Maßnahmen vorzulegen. Armut und Reichtum sind hochemotionale Themen. Schon über die Definition, wer arm und wer reich ist, gehen die Meinungen auseinander. Mit dem Armuts- und Reichtumsbericht legt die Bundesregierung daher regelmäßig die Fakten auf den Tisch. Diese Fakten sind die Grundlage für die Entwicklung von grundlegenden politischen Handlungsoptionen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Ungleichheit.“ (BMAS: <https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2017/finale-ressortabstimmung-arb.html>). Etwas Vergleichbares kann es in Rastatt selbstverständlich nicht geben. Nichtsdestotrotz ist es für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit durchaus von Interesse, wie sich die sozialen Verhältnisse, insbesondere in ihrer Ungleichheit auch sozialräumlich in Rastatt abbilden. Dem kommt der bereits zitierte Sozial- und Bildungsbericht der Fachbereiche Jugend, Familie und Senioren sowie der Fachbereich Schulen, Kultur und Sport weitgehend entgegen.

In diesem 2. städtischen Sozial- und Bildungsbericht aus dem Jahre 2019, der auf Daten des 31.12.2017 basiert, gibt es viele Indikatoren und qualifizierte Hinweise auf die Entwicklung prekärer Lebenslagen in Rastatt. Dabei konzentriert er sich im Wesentlichen auf zwei Ansätze der Definition von Armut (S.105). 1. Den politisch-normativen Ansatz, bei dem mit der Darstellung der Bedarfsgemeinschaften (SGB II und XII Leistungen) die in Armut lebenden Personen beschrieben werden und 2. der differenziertere Ansatz der relativen Armut. Demnach gelten Haushalte als arm, wenn ihr Einkommen weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens beträgt:

- Bereits im Bericht von 2014 wurde auf eine gesunkene Zahl der Arbeitslosen in Rastatt im Zeitraum von 2009 bis 2012 um insgesamt 408 Personen hingewiesen. Diese zunächst positive Tendenz setzte sich im Jahr 2017 fort. Insgesamt waren 1.384 Personen als arbeitslos gemeldet, das sind 219 Personen (-13,7 %) weniger als 2012. Die Arbeitslosenquote sank in diesem Zeitraum von 6,1 % auf 5,0 %. Im Landesdurchschnitt lag die Arbeitslosigkeit seinerzeit allerdings bei 3,2 %. Die Arbeitslosenquote lag damit in Rastatt rund 55 % über dem Landesdurchschnitt.
- „Im Dezember 2017 lebten in Rastatt 3.341 Personen in 1.717 Bedarfsgemeinschaften von Leistungen nach dem SGB II, d.h. 6,4 % (vgl. 2012: 6,5%) der Rastatter Bevölkerung stellte ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise mit Hilfe dieser staatlichen Transferleistung sicher. In Baden-Württemberg betrug die Hilfequote in diesem Zeitraum lediglich 4,2 %, im gesamten Landkreis Rastatt 3,6 %.“ (S. 100) In Rastatt lebten 2017 also überdurchschnittlich viele Menschen von Leistungen nach dem SGB II. Besonders signifikant erscheinen folgende Feststellungen: „Für die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren errechnet sich für Dezember 2017 eine Hilfequote von 6,98 %. Für Kinder unter 15 Jahren liegt die Hilfequote mit 12,93 % beinahe doppelt so hoch. ... Jedes siebte Kind in Rastatt war zusammen mit einem erwerbsfähigen Elternteil im Hilfebezug.“ (a.a.O. und ff.). Das sind eindeutig Indikatoren für Kinderarmut in Rastatt. Weiter werden im Bericht auf S. 107 „ausgleichende

Maßnahmen kommunaler Armutsprävention in Rastatt genannt. Insbesondere wäre es aber auch wünschenswert, wenn sozialräumlich identifiziert werden könnte, wo und unter welchen Bedingungen diese Kinder leben und aufwachsen.

- „Im Jahr 2017 bezogen insgesamt 871 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, davon lebten 162 (rd. 19 %) in einer stationären Einrichtung, wie Alten- oder Pflegeheime. 75 % von ihnen sind Rentner über 65 Jahre. Im Vergleich zum gesamten Landkreis Rastatt zeigt sich auch hier eine überdurchschnittlich hohe Hilfebedürftigkeit in der Stadt Rastatt. Der Anteil der Stadt Rastatt an allen Empfängern von Grundsicherungsleistungen im Landkreis (2.180) beträgt 39,6 %.“ (Sozial- und Bildungsbericht 2019, S. 109) Neben der Kinderarmut scheint Rastatt u.a. auch zunehmend von Altersarmut betroffen zu sein.

- „Durch den Rückgang des sozialen Wohnungsbaus und dem verstärkten Handel mit Immobilien als Kapitalanlagen, wird es für diese einkommensschwächere Bevölkerungsgruppe immer schwieriger, bezahlbaren seniorengerechten und möglichst barrierefreien Wohnraum zu finden. Von dieser Entwicklung sind immer mehr Haushalte betroffen, insbesondere auch Familien mit Kindern und Haushalte mit geringem Einkommen.“ Im Bericht wird die Verantwortung der lokalen Politik hervorgehoben: „Im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge liegt es in der Verantwortung der Kommunen mit geeigneten Maßnahmen eine ausreichende Wohnraumversorgung auch und insbesondere für ältere, körperlich Beeinträchtigte und einkommensschwächere Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.“ (S. 113)

Oberbürgermeister Pütsch betonte in seiner Neujahrsansprache nicht ohne Stolz, dass in den letzten vier Jahren in Rastatt 1.300 Wohneinheiten auf den Weg gebracht worden seien. Er hob besonders die Aktivitäten der Baugenossenschaften Familienheim Rastatt und Gartenstadt hervor, welche verlässlich bezahlbaren Wohnraum schaffen würden. Valide Daten, wie hoch in Rastatt der Wohnbedarf, insbesondere der Menschen mit durchschnittlichen und geringen Einkommen ist, liegen leider nicht vor. Bei den 1.300 Wohneinheiten gab es keine öffentliche Förderung im Sinne des traditionellen sozialen Wohnungsbaus. Es wurden folglich wohl auch keine Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen gebaut.

Der Gemeinderat der Stadt Rastatt hat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2018 den „Mietpiegel Rastatt 2019/2020“ einstimmig beschlossen. Ein Blick in dieses Zahlenwerk verdeutlicht, dass auch in Rastatt Mietwohnungen durchaus ihren Preis haben. Für eine familiengerechte Wohnung von 80 – 99 qm müssen Wohnungssuchende demnach mit 5,68 €/qm bis 7,39 €/qm als Netto-Kaltmiete rechnen. Das entspräche für eine 90 qm – Wohnung etwa 600 €, was alleine noch keinen auffallend hohen Wert darstellt. Nach Angaben von Hausverwaltungen muss man jedoch von weiteren 2,16 Euro – 2,91 Euro pro Quadratmeter ausgehen, um die evidente Mietbelastung zu kalkulieren, was ggf. in Summe die Belastungsgrenze der betroffenen Mieter übersteigen könnte. Bei diesem Wohnbeispiel käme also eine Warmmiete von rund 850,- € heraus. Gemessen an einem Bruttodurchschnittseinkommen von 3.100 € ist dies beachtlich. Der Mietpiegel sagt freilich nichts darüber aus, wie viele Wohnungen zu einem solchen Preis überhaupt zur Verfügung stehen. Ein Blick auf die Angebote im Internet deutet eher auf Probleme bei der Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen in Rastatt hin.

- Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen „lässt auf ein hohes Altersarmutspotential im Rentenalter schließen. Insbesondere die Langzeitarbeitslosen ...werden dies mit Sicherheit auch im Alter sein. ...Teilzeitbeschäftigte, Minijobber häufig auch als Zeitarbeiter Beschäftigte und Geringverdiener werden später im Alter geringere Renten bekommen... von denen sie nicht leben können.“ (S. 163). Diese Hinweise drängen nach statistisch fundierten Prognosen der zu erwartenden Altersarmut in Rastatt, die auf das vorhandene Datenmaterial der Transferleistungen zurückgreifen könnte.
- Im Sozial- und Bildungsbericht 2019 wird ferner vermerkt: „Auch der Bezug von Wohngeld ist ein Kriterium für sog. prekäre Einkommenssituationen, denn das Einkommen der Hilfeempfänger liegt meist nur gering über der Einkommensgrenze für die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII. In Rastatt bezogen im Jahr 2017 insgesamt 237 Rentnerinnen und Rentner Wohngeld und ... stellen wiederholt die größte Gruppe der Wohngeldempfänger.“ (S. 164). Das ist in der Tat bemerkenswert. Die weiteren Schlussfolgerungen können nur unterstrichen werden: „Die Altersarmut wird auch im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl älterer Menschen in den kommenden Jahren steigen. Es zeichnet sich deutlich ab, dass immer mehr ältere Menschen mit äußerst niedrigen Einkommen werden leben müssen. Dazu kommen steigende Kosten für das Leben im Alter. Neben dem ohnehin steigenden Kostendruck für Miete sowie Energie- und Heizkosten kommen auf die älteren Menschen in der Regel Kosten für Gesundheit und Pflege, aber auch für haushaltsnahe Dienstleistungen und Mobilität hinzu.“ (a.a.O.) Interessant ist, dass hier durchaus nachvollziehbar ein direkter Zusammenhang zwischen dem bedenklichen Anstieg der Altersarmut und den hohem Kosten fürs Wohnen hergestellt wird. Von dieser Entwicklung sind immer mehr Haushalte betroffen. Dies sind aber nicht nur ältere Menschen, sondern insbesondere auch Familien mit Kindern und Haushalte mit geringem Einkommen.
- Als signifikante Indikatoren für problematische Entwicklungen im Rastatter Gemeinwesen werden darüber hinaus im Sozial- und Bildungsbericht 2014 die Fallzahlen für Hilfen zur Erziehung vom Jugendamt des Landkreises als Träger der öffentlichen Jugendhilfe benannt. „Danach ist in den Stadtvierteln Bahnhof (33 Hilfen), Ludwigsvorstadt (26), Zur Friedrichsfeste (23) und Augustavorstadt (21) eine besondere Häufung von sozialen Problemlagen zu erkennen.“
- Ebenso werden die Zahlen aus der Jugendgerichtshilfe als Indikatoren herangezogen: „Dies waren 2012 vor allem Augustavorstadt (49 Ermittlungsverfahren), Ludwigsvorstadt (38), Innenstadt (35), Zur Friedrichsfeste (34).“
- Die Autor*innen des 1. Sozial- und Bildungsberichtes sahen darin „Indikatoren für Gemeinwesenarbeit... welcher die strukturell bedingten sozialen Problemlagen beschreibt.“ (S. 123). Hierfür mag es gute Gründe geben, aber einen schlüssigen Zusammenhang von diesen relativ überschaubaren Fallzahlen auf die spezifischen Strukturen dieser Stadtteil vermag man wissenschaftlich valide aus diesem Bericht nicht zu schließen. Es wäre hilfreich, diese Fallzahlen ins Verhältnis zur Häufung der Jugendlichen in diesen Quartieren zu stellen. Bekanntermaßen haben im Allgemeinen Wohngebiete mit einem hohen Anteil an Jugendlichen immer auch einen überproportionalen Anteil an Delinquenten. Interessant wäre es auch, zu erfahren, inwiefern die städtische Gemeinwesenarbeit ganz konkret hier mit dem Jugendamt des Landratsamtes zusam-

menarbeitet, bzw. welche Arbeitsaufträge sich hieraus für die Gemeinwesenarbeit ergeben.

Im Sozial- und Bildungsbericht 2014 selber wurden diese Zahlen relativiert: „Mit 24 Fällen lag 2012 auch in Wintersdorf ein überdurchschnittlich hoher Wert vor, der jedoch zur Hälfte zwei Personen zuzuordnen war.“ (a.a.O.) Ließen sich eventuell auch die übrigen Fallzahlen auf Personenzahlen aufschlüsseln? Und wohnen die seinerzeitigen Straftäter*innen immer noch in diesen Quartieren? Sind sie nach wie vor delinquent? Oder haben sie etwaige „Nachfolger*innen“ bekommen? Es gibt ja keine zwingende Logik, dass diese Werte gleichbleiben müssen.

Tatsächlich weisen die Fallzahlen vom 31. 12. 2017 durchaus Veränderungen auf: „2017 insgesamt 283 Fälle. Zum Vergleich, im Jahr 2012 waren es 231 Fälle. Die Fallzahl ist um 52 Fälle gestiegen (+22,5 %). Die Stadtviertel Ludwigvorstadt (43), Bahnhof (36), Zur Friedrichsfeste (26) und Rheinau (25).“ Die Stadtteile Ludwigvorstadt und Zur Friedrichsfeste sind auch nach fünf Jahren wieder besonders auffällig. Rheinau und Bahnhof kamen neu hinzu. Da weder die Hilfen zur Erziehung, noch die Jugendgerichtshilfe Gegenstand der vorliegenden Evaluation sind, müssen diese Entwicklungen zunächst einmal einfach zur Kenntnis genommen werden. Konzeptionell interessant ist der Hinweis auf S. 124 auf den „erfolgreich begonnenen Weg und die zunehmende Bedeutung der Sozialraumorientierung im Bereich der Jugendarbeit“ ... (die, G.R.) macht es zukünftig auch erforderlich, dass sich die städtische Jugendförderung verstärkt sozialräumlich ausrichtet.“ Interessant deshalb, weil der Fachdiskurs in der Sozialarbeitswissenschaft im Bereich der Jugendhilfe tatsächlich seit geraumer Zeit erheblich vom Sozialraumparadigma geprägt wird. Dieser bezieht sich allerdings nicht nur auf die Jugendsozialarbeit sondern insgesamt auf die Ausgestaltung der gesamten Kinder- und Jugendhilfe (vgl. Hinte, Wolfgang u. Treeß, Helga (2014): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ-integrativen Pädagogik, 3. Auflage. Weinheim). Hierauf wird noch einzugehen sein.

3. Migration

Migration ist nichts Neues. Sie hat es schon immer gegeben. Und sie wird es immer geben, so lange Menschen leben. Aus unterschiedlichsten Motiven verlegen sie ihren Lebensmittelpunkt über eine größere Entfernung hinweg auf längere Zeit an einen anderen Ort. Die Vereinten Nationen sprechen von Migration bei einer dauerhaften Migration von Wohnsitznahme von mehr als einem Jahr. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Vielzahl von größeren Migrationsbewegungen zu verzeichnen. Die wohl signifikanteste Massenzuwanderung war die nach dem zweiten Weltkrieg, als rund 14 Millionen Zugewanderte, die schon damals Flüchtling hießen, in einem desolaten Nachkriegsdeutschland integriert werden mussten. "Verdammt Flüchtlings, du!" wurden Deutsche von Deutschen beschimpft, weil sie aus entfernteren östlichen Regionen nach Westen geflohen waren (vgl. Der Spiegel, vom 14. 2. 2018).

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) gilt als das größte und renommierteste Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum zur wissenschaftlichen Information, Beratung

und Fortbildung für Städte, Gemeinden, Landkreise und Kommunalverbände. Dessen Forschungsbefunde, Erfahrungsberichte und Konzepte dienen vielen Kommunen als Handlungsorientierung. Zum Beispiel auch das Nachfolgende: „Migration und demographische Prozesse sorgen in zunehmendem Maße für Zündstoff in der öffentlichen Diskussion und auf kommunalpolitischer Ebene, weil sie räumlich und sozial selektiv erfolgen und damit in einzelnen Städten oder Stadtteilen zu sozialen Problemen führen. Diese Prozesse sind als wesentliche Rahmenbedingungen für die zukünftige Entwicklung in den Städten anzusehen. Die Kommunen stehen dabei wegen der sozialen Folgen unter großem Handlungsdruck, ohne wesentlichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen vor allem der Wanderungsbewegungen zu haben.“ (<https://difu.de/publikationen/difu-berichte-11996/migration-und-soziale-probleme.html>)

Man ist geneigt, einmal mehr einzuräumen, dass das Difu topaktuell ein zentrales Anliegen vieler Kommunen beschreibt. Diese Diagnostik stammte jedoch aus dem Jahr 1996. Auch und gerade in Rastatt können die diversen Zuwanderungsbewegungen der letzten 70 Jahre gut nachvollzogen werden. In den Interviews mit Bürger*innen in Rastatt kamen diese von sich aus immer wieder auf diese historischen Erfahrungen zu sprechen. Dabei wurden zurückblickend durchwegs die Integrationserfahrungen als positiv verzeichnet. Es überwog freilich der Tenor, dass das Miteinander schwieriger geworden sei und dass Handlungsbedarf bestünde.

Seit 2016 hat das Statistische Bundesamt im Rahmen einer „Typisierung des Migrationshintergrundes“ die Definition folgendermaßen geregelt: „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen.“ Im Jahr 2017 hatten nach dieser Definition 19,3 Millionen der insgesamt 81,7 Millionen Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund, das entspricht 23,6 %.

Diese Daten werden durch den Mikrozensus repräsentativ bei 1% der Bevölkerung, zuletzt 2017, erhoben. Sie stehen für die Stadt Rastatt so nicht zur Verfügung.

In Rastatt erfolgt die Erfassung des Migrationshintergrundes deshalb durch eine Auswertung aller Meldedaten. Sie weicht dabei von dem wissenschaftlich und politisch bundesweit geltenden Grundverständnis ab.

Dabei werden folgende drei Unterscheidungen getroffen:

- Kategorie 1: Einwohner mit Geburtsort im Ausland, beliebige Staatsangehörigkeit
- Kategorie 2: im Bundesgebiet geboren, nur ausländische Staatsangehörigkeit: bereinigt
- Kategorie 3: im Bundesgebiet geboren, deutsche und ausländische Staatsangehörigkeit.

Der Sozial- und Bildungsbericht 2019 stellt fest: „Am Jahresende 2017 hatten 24.856 Rastatter Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund. Das entspricht 50,01%“ (S.39). Darin enthalten sind 23,4% deutsche Zuwanderer (überwiegend Spätaussiedler). „Unter den Einwohnerinnen und Einwohnern mit Geburtsort im Ausland finden sich 127 Herkunftsländer“ (S.41) Damit liegen wir weit über dem landesweiten Durchschnitt.“ Diese bemerkenswerten Zahlen dürften faktisch noch einmal um einiges höher sein. Damit fallen in Rastatt Bevölkerungsgruppen aus der Statistik heraus, u. a. die so genannten „Migranten der zweiten Generation, insofern sie über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Auf das ganze Bundesgebiet bezogen entspricht diese Personengruppe 23,9 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund. Die Mehrzahl der Einwohner*innen von Rastatt hat einen Migrationshintergrund.

Wenn in der Öffentlichkeit über Zuwanderung bzw. Migration diskutiert wird, geraten insbesondere die Asylsuchenden der letzten Jahre in den Blickpunkt. Am 31.12.2017 wohnten insgesamt 844 Geflüchtete in Rastatt, wovon 364 Personen in einer Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises untergebracht waren. 133 waren lebten in einer von der Stadt zur Verfügung gestellten Anschlussunterbringung und 347 wohnten privat. Aufenthaltsrechtlich hatten 488 Personen eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis in Rastatt, 279 Personen verfügten über eine Aufenthaltsgestattung und 77 Geflüchtete wurde eine Duldung ausgestellt. 42 Personen galten als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter (UMA).

All diese statistischen Angaben sind zunächst einmal nichts anderes als ein Zahlenwerk oder eine statistische Information. Auch die Bezeichnung „Mensch mit Migrationshintergrund“ ist nur eine statistische Kategorie, die dazu dienen kann, Entwicklungen von Bevölkerungsgruppen auf der Analyseebene zu vergleichen. Im Alltag und in verschiedenen fachlichen Zusammenhängen werden dabei jedoch zugleich wertende Zuschreibungen verbunden. So ist spätestens seit der großen Zuwanderung in den Jahren 2014, 2015 und 2016 immer wieder die Rede davon, das „Boot sei voll“ und „die Grenzen müssten geschlossen“ werden. Migration wird in diesen Kreisen nicht weiter differenziert. Menschen mit Migrationshintergrund werden über einen Kamm geschoren.

In den Sozialwissenschaften zählt diese Gruppenbenennung dagegen zu den Strukturkategorien, die in den Beschreibungen der sozialen Ungleichheit in unserem Land von Bedeutung sind. In diesem Sinne könnte dies als nützlicher Hinweis auf notwendige sozialintegrative Maßnahmen verstanden werden. Mitunter werden damit viele positive Assoziationen verbunden, z.B. kulturelle Bereicherung, junge Arbeitskräfte, Verjüngung der Alterspyramide etc. Andererseits trägt diese Unterscheidung aber auch zu einer zunächst wertfreien Diskriminierung, im Sinne einer Unterscheidung, gegenüber den Menschen bei, die selber, wie ihre Vorfahren, schon länger in diesem nationalen Systemkreis leben. Es dient demnach dem Aufzeigen von Anderssein und fördert das Vertraut-Fremd-Schema. Häufig genügen dann schon statistische Zahlen, um z.B. „Ausländer-raus“ oder „Obergrenzen“ zu fordern. Mit diesen Ambivalenzen muss sich auch soziale Kommunalpolitik und Soziale Arbeit in der Kommune befassen. „Dies ist infolge eigener Verstrickungen in dominante, ‚selbstverständlich‘ erscheinende Denk- und Handlungsmuster eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und gleichzeitig Voraussetzung für professionelles Handeln in der Migrationsgesellschaft“ (Schramkowski Bar-

bara, (2018), Paradoxien des ‚Migrationshintergrundes‘. In: Blank B., Gögercin S., Sauer K., Schramkowski B. (eds) Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Springer VS, Wiesbaden, S. 51).

Die hier vorgestellten Eindrücke, Daten und Fakten ermöglichen somit durchaus unterschiedliche Interpretationen und Schlussfolgerungen. Sie skizzieren soziostrukturelle Merkmale einer Stadt, ungeachtet ihrer Entstehung, Erklärung, Erhärtung und/oder Entkräftigung. Zunächst einmal dienen sie im vorliegenden Falle lediglich als Hintergrundfolie des Evaluationsprozesses der städtischen Gemeinwesenarbeit in Rastatt. Bevor auf die in Rastatt geleistete Gemeinwesenarbeit eingegangen wird, soll eine inhaltliche Positionierung dieses sozialarbeiterischen Handlungstypus erfolgen.

4. Gemeinwesenarbeit

„Die Gemeinwesenarbeit der Stadt Rastatt ist Bestandteil der sozialen Arbeit, die nach sorgfältiger Betrachtung die sozialen Probleme analysiert und deren Lösung durch wirkungsvolle Beteiligung der Betroffenen ermöglichen soll. Sie fördert die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensumfeld, ermöglicht Teilhabe und unterstützt die positive Entwicklung eines Stadtteils. Sie hat sich aus der Praxis der sozialen Arbeit heraus entwickelt. Vom Gemeinderat mit den erforderlichen finanziellen und personellen Voraussetzungen ausgestattet - zunächst als Projekt - ist sie seit dem Jahr 2000 fester Bestandteil der kommunalen sozialen Arbeit.“ (<https://www.rastatt.de/index.php?id=945>; 28. 1. 2019)

Schon im ersten Satz erfolgen maßgebliche programmatische Festlegungen:

- Gemeinwesenarbeit wird als „Bestandteil der sozialen Arbeit“ verortet,
- die soziale Probleme bearbeitet,
- unter wirkungsvoller Beteiligung der Betroffenen.
- Ferner soll die Gemeinwesenarbeit die Identifikation der Menschen mit ihrem Lebensumfeld fördern,
- deren Teilhabe ermöglichen und
- den Stadtteil positiv entwickeln.

Diese fachliche Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit soll später reflektiert werden. Zunächst einmal wird ein Blick auf etwas geworfen, was scheinbar selbstverständlich erscheint. Auf das, was Sozialarbeit im Kern bedeutet. Sozialarbeit hat, wie viele andere Berufe, in den letzten Jahrzehnten eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht: Vom Ehrenamt zum Beruf und nun zu einer wissenschaftlich fundierten Profession auf gleicher Augenhöhe mit anderen Sozial- und Humanwissenschaften. Als solche ist sie über einen Berufsverband (DBSH) und eine Wissenschaftscommunity (DGSA) fachlich auf nationaler und internationaler Ebene organisiert. In diesem Fachkontext wurden die professionellen Wesensmerkmale der Sozialen Arbeit folgendermaßen definiert: „Soziale Arbeit fördert als praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verant-

wortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit. Dabei stützt sie sich auf Theorien der Sozialen Arbeit, der Human- und Sozialwissenschaften und auf indigenes Wissen. Soziale Arbeit befähigt und ermutigt Menschen so, dass sie die Herausforderungen des Lebens bewältigen und das Wohlergehen verbessern, dabei bindet sie Strukturen ein.“ (<https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html>) Darauf basierend hat der Deutsche Berufsverband der Sozialen Arbeit und Heilberufe (DBSH) einen Berufsethikkodex entwickelt, auf deren Ethik und Werte er alle Sozialarbeitenden orientiert. (<https://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/Sozialpolitik/DBSH-Berufsethik-2015-02-08.pdf>)

Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Rahmenrichtlinien haben sich in den letzten Jahren Qualitätsmerkmale und Arbeitsprinzipien herausgebildet, die für die zu begutachtende Gemeinwesenarbeit von Bedeutung erscheinen.

- Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession. Sozialarbeitende sollen auch im Verständnis des Art. 1 des Grundgesetzes, als oberste Maxime ihres Handelns den besonderen Wert und die Würde aller Menschen sowie das Wohlergehen einer jeden Person wahren und verteidigen (Staub-Bernasconi, 2006, Der Beitrag einer systemischen Ethik zur Bestimmung von Menschenwürde und Menschenrechten in der Sozialen Arbeit; in: Dungs, S., u. a. (Hrsg.), Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert. Ein Handbuch, Leipzig, S. 267–28)
- Das ursprüngliche Verständnis eines doppelten Mandates, das Soziale Arbeit immer im Spannungsverhältnis zwischen Fürsorge und Kontrolle, bzw. der Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen ihrer Adressaten und zugleich aber auch als Beauftragte gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen sah, wird inzwischen im Sinne eines Tripelmandates um das Mandat der Profession erweitert: „Soziale Professionen nehmen insofern ein Mandat wahr, insofern sie es sind, die über ihre wissenschaftliche Grundlegung (einschließlich ihrer forschungsbasierten Generierung neuer Erkenntnisse) die nötige Wissensbasis zur Verfügung stellen, auf deren Grundlage alle Beteiligten und Betroffene, sowohl gesellschaftliche Instanzen als auch insbesondere die Adressaten, überhaupt erst über ihre Einwilligungen, Korrekturen, Optionen, Unterlassungen, Widersprüche usw. angemessen urteilen und entscheiden können. Und dieses Mandat gestalten Soziale Professionen eigenständig aus.“ (Lob-Hüdepohl Andreas, Legitimation(en) sozialprofessionellen Handelns, in: Ethik-Journal 1. Jg. (2013) Ausgabe 1, S. 12).

Gemeinwesenarbeit wird sich auch in Rastatt, fragen lassen müssen, inwiefern sie den Implikationen dieser Handlungsorientierungen entsprechen kann. Zunächst soll noch ein Blick in die Geschichte der Gemeinwesenarbeit erfolgen:

4.1 Kurzer historischer Rückblick

Gemeinwesenarbeit kann in Deutschland, vor allem aber in den angloamerikanischen Ländern auf eine lange Tradition verweisen. Sie entwickelte sich im Zusammenhang mit der Industrialisierung und der Sozialen Frage, also der Bewältigung der Massenarmut. In England entstand 1884 in Whitechapel, einem Londoner Armenviertel, die Settlement-Bewegung. Von dort aus kam diese Initiative rasch bis nach Chicago. Was dort konkret geschah, um welche Themen und Inhalte diskutiert, gestritten und gekämpft werden sollte, dies entschieden die betroffenen Menschen selbständig.

„Die Residents erkannten bald, dass ihre Aktivitäten erst dann eine dauernde Veränderung und Verbesserung des Lebens im Wohngebiet bedeuten konnten, wenn sie sich in der kommunalen Politik fortsetzten. Die ‚settlement workers‘ mischten sich ein, beteiligten sich an der lokalen Selbstverwaltung und ermunterten andere Bewohner zu politischem Handeln“ (Wendt 1990: 151). Sie begegneten einander auf Augenhöhe. Gemeinwesenarbeit war von Anfang an bestrebt, gerade den Menschen, die am Rande der Gesellschaft lebten, zumeist waren es Migrant*innen, ihre Würde vor allem dadurch zurück zu geben, dass sie aufgefordert wurden, für sich selber Verantwortung zu übernehmen.

Aus den USA kam dieser Handlungsansatz über Herta Kraus, eine deutsche Emigrantin, die nach 1945 im Auftrag des Dachverbandes der amerikanischen Quäker den Neuaufbau von Community Work in Deutschland unterstützte. Kraus empfahl „community organization“ als Aufgabe wie als Methode, die weit über das Anwendungsgebiet der Sozialen Arbeit hinausginge, „aber Sozialarbeit ohne Community Organization wäre kaum denkbar. Letzten Endes handelt es sich um ein Stück Lebensäußerung der Mitbürger eines ganzen Volkes, die das Recht haben und nutzen, an allen Aufgaben der Gemeinschaft in freiwillig gewählter Verantwortung aktiv mitzutun“ (Kraus 1951: 191). Community Work kam auf diese Weise nach Deutschland und wurde letztlich als „Gemeinwesenarbeit“ übersetzt.

4.2 Programmatische Verortung der Gemeinwesenarbeit

Die Einordnungs- und Charakterisierungsversuche von Gemeinwesenarbeit sind vielfältig und reichen von Gemeinwesenarbeit als Methode, Prozess, Strategie, Arbeitsprinzip und Handlungsfeld bis hin zum Konzept (vgl. Stövesand/Stoik 2013: 17). Entscheidend ist, dass die Gemeinwesenarbeit in Deutschland, im Unterschied zum Beispiel zu den USA, zunächst nahezu einhellig in den Kontext der Sozialarbeit gestellt wird. Ursprünglich wurde sie neben der Einzelfallarbeit und der Gruppenarbeit als dritte „Methode“ der Sozialen Arbeit verstanden. Das ist schon seit vielen Jahren passè. Längst haben sich alle Fachleute auf ein neues Verständnis geeinigt.

Gemeinwesenarbeit wird heute einerseits als Arbeitsprinzip und andererseits als Arbeits- bzw. Handlungsfeld verstanden. Manche Autorinnen verstehen Gemeinwesenarbeit auch als Konzept, ähnlich der bereits angesprochenen Sozialraumorientierung. (vgl. Stövesand Sabine, Gemeinwesenarbeit, 2019, <https://www.socialnet.de/lexikon/Gemeinwesenarbeit>.)

Als Arbeitsfeld wird Gemeinwesenarbeit insbesondere dann konzipiert, wenn soziale Probleme bzw. sozial-räumliche, soziostrukturelle Probleme der Stadt bzw. der Stadtteile eine zielgruppenübergreifende und mehrdimensionale Vorgehensweise erfordern. Gemeinwesenarbeit wird in diesem Verständnis gerade im Kontext der Sozialen-Stadt-Programme im gesamten Bundesgebiet u.a. im Rahmen des Quartiersmanagements eingesetzt. Aber auch z.B. bei der Entwicklung von großen neuen Wohngebieten bzw. ganzen Stadtteilen wird Gemeinwesenarbeit als Arbeitsfeld konzipiert.

Weit verbreitet ist der Ansatz, Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip zu verstehen. Dieses soll für alle Handlungsfelder der Sozialen Arbeit als Querschnittsaufgabe bzw. als Handlungsorientierung gelten (Boulet/Kraus/Oelschlägel 1980). In den 1990er Jahre konkretisierten Hinte u. a. die konzeptionellen Überlegungen für das heutige Fachkonzept Sozialraumorientierung. „Es wurde versucht, methodische Elemente, räumliche Sichtweisen und professionelle Haltungen aus der Gemeinwesenarbeit zu systematisieren und für Einzelfall- und Gruppenarbeit, etwa im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe nutzbar zu machen“ (Noack/Riede 2017).

Stövesand/Stoik (2013) sprechen sich im Handbuch der Gemeinwesenarbeit dafür aus, Gemeinwesenarbeit als „Konzept“ im Theorie- und Handlungsgebäude der Sozialen Arbeit zu verorten. Sie begründen dies damit, dass die in der Praxis vorliegenden Ansätze der Gemeinwesenarbeit in der Regel ihre jeweiligen Ziele, Erklärungen, Begründungen, Methoden und Techniken miteinander verknüpfen und somit den Anforderungen an ein Konzept entsprechen.

Den wohl größten Konsens konnte Dieter Oelschlägel mit seiner 2011 vorgetragenen Begriffsbestimmung erzielen: „Gemeinwesenarbeit ist eine sozialräumliche Strategie sozialer Arbeit im weitesten Sinne, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie allerdings auch die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der Bewohnerinnen. Es geht ihr um die Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese sie selbst sehen. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit sieht seinen zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“ (Oelschlägel Dieter, 2011, <http://www.stadtteilarbeit.de/theoriegwa/grundlagen-gwa/359-chancen-gwa.html>).

4.3 Rollenverständnis von Gemeinwesenarbeit

Für die Gemeinwesenarbeit wurden Leitstandards entwickelt (Lüttringhaus 2011), um die zentralen Arbeitsgrundsätze der Gemeinwesenarbeit zu konkretisieren. Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit ist demnach zumeist die Orientierung an der Lebenswelt der Menschen, an den Themen, die den Menschen wichtig sind: „GemeinwesenarbeiterInnen haben den Auftrag, zu erkunden, was die Menschen bewegt bzw. mit dem zu arbeiten, was als Probleme und Bedürfnisse an sie herangetragen wird. Der Ausgangspunkt von Gemeinwesenarbeit sind oft

latente oder manifeste Konflikte, sie kann als Frühwarnsystem wirken und hat eine deutlich präventive Komponente“ (Stövesand/Stoik 2013: 22).

Hinte (2016) ist zudem der Ansicht, dass Gemeinwesenarbeit erfragt, wo die Leute im Quartier der Schuh drückt, wie die Befindlichkeiten der Menschen sind und was sie beschäftigt. Diese Themen werden gesammelt, bei öffentlichen Veranstaltungen thematisiert und das gemeinschaftliche Handeln der Bürger*innen unterstützt (Hinte 2016: 8). Am Willen und den Interessen der Menschen ansetzen, ist nach Hinte das erste Grundsatz der Gemeinwesenarbeit. Ein weiteres zentrales Element der Gemeinwesenarbeit ist, dass sie grundsätzlich zielgruppenübergreifend handelt, sich also nicht gezielt um Teilmengen bzw. Subgruppen und -milieus kümmert. Es geht darum, über spezifische Teilinteressen hinweg, Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, Kultur und Status zusammen zu bringen und möglichst zu gemeinsamem Handeln zu motivieren.

4.5 Konzept der Gemeinwesenarbeit in Rastatt

Die Stadt Rastatt hat auf ihrer Homepage sehr anschaulich, für alle sichtbar, dargelegt, um was es ihr beim Einsatz der Gemeinwesenarbeit vor allem geht.

Auf übergeordneter Zielebene wurden Leitziele wie folgt benannt:

- Weiterentwicklung einer integrativen und solidarischen Lebensgemeinschaft in den Stadtteilen
- Förderung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt
- Förderung des bürgerschaftlichen Engagements
- Beratung und Unterstützung einzelner Menschen mit individuellen Problemlagen
- Bildung funktionierender Netzwerke, die für eine effektive Arbeit im Stadtteil unentbehrlich sind.“

Um diese Ziele zu erreichen wurde Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen eingerichtet:

- „die von städtebaulichen Veränderungen besonderen Ausmaßes betroffen sind.
- die bedeutende Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur erfahren haben
- in denen besondere Leistungen bei der Integration von Zuwanderern zu bewältigen sind
- die strukturell bedingte soziale Problemlagen aufweisen“
(<https://www.rastatt.de/index.php?id=945&L=426>)

Einer der wesentlichen Leitgedanken des neuen kommunalen Haushaltsrechts (NKHR) ist, die strategische Steuerung der Kommunalverwaltungen nicht mehr in der herkömmlichen Form durch die Bereitstellung von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) sondern durch die systematische Vorgabe von Zielen für die kommunalen Dienstleistungen (Outputsteuerung) zu lenken.

In dieser für die gesamte Stadtverwaltung gültigen Systematik der „Neuen Steuerung“ (New Public Management) organisiert der Fachbereich auch für die Gemeinwesenarbeit sein „Management by Objectives“, also die Führung mit Zielen. Konkret sieht das zum Beispiel so aus:

| | |
|----------------------------|---|
| Teilhaushalt: | 6 Familie und Soziales |
| Strategisches Ziel: | Rastatt bietet Chancengleichheit für alle |
| Operatives Ziel: | TH 6: OZ 2 (PG 3680) An allen Standorten der Gemeinwesenarbeit sind stadtteilbezogene Arbeitsgemeinschaften zur Stärkung des Gemeinwesens und zur Integration aktiv. |
| Maßnahmen: | TH 6, OZ, 2, M1 Zur Förderung der Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem Stadtteil, gibt es in allen vier Stadtteilen, die durch Gemeinwesenarbeit begleitet werden, mindestens eine Arbeitsgruppe (Stadtteilkonferenz, Netzwerktreffen) zur Planung gemeinsamer Aktivitäten und Angebote. TH 6, OZ, 2, M2 Zur integrationsfördernden Kooperation der unterschiedlichen Interessengruppen, Einrichtungen und Institutionen gibt es je Standort der Gemeinwesenarbeit mindestens acht Netzwerkpartner, mit denen mindestens ein gemeinsames Angebot durchgeführt wurde. |
| Operatives Ziel: | TH 6: OZ 3 (PG 3680) Angebote für sozial benachteiligte Familien stehen bedarfsgerecht zur Verfügung |
| Maßnahmen: | TH 6, OZ, 3, M1 Der Bedarf ist erfasst und bewertet, notwendige Maßnahmen beschrieben und deren Umsetzung realisiert. |

Die nun vorliegende Zielfortschreibung 2016-2018 wurde, ausgehend von den strategischen Zielen im Haushalt der Stadt Rastatt und den Überprüfungen der Zielformulierungen aus den vorangegangenen Jahren 2012-2015, vorgenommen. Befragungen von Kooperationspartnern der einzelnen Standorte und BewohnerInnen vor Ort ergänzten die Datengrundlage. Erneut wurde die 2012 von Dr. Clemens Back eingeführte Struktur, gegliedert nach den für alle Standorte grundlegenden Handlungsfeldern

- Entwicklung und Image (Verbesserung des Stadtteils in der Innen- und Außenwahrnehmung)
- Identifikation mit dem Stadtteil
- Netzwerke
- Gemeinschaft (Abbau von Anonymität durch interkulturelle Aktivitäten)
- Öffentliche Wahrnehmung, öffentlicher Raum,

beibehalten und um mögliche Methoden und Indikatoren zur Zielerreichung ergänzt.

Ausführlich kann dies in der Dokumentation „Zielüberprüfung 2016“ des Fachbereiches Jugend, Familie und Senioren nachgelesen werden. Eine kritische Bewertung dieses Vorgehens wird später erfolgen. Zunächst gilt die Aufmerksamkeit den Jahresberichten der GWA Rastatt.

Auf dieser Grundlage werden jährlich im Rahmen eines Strategieberichtes über die Fachbereichsleitung allgemeine Zielvorgaben mit den Fachleuten vor Ort vereinbart. Für die Arbeit vor Ort werden spezifische Ziele formuliert, über deren Grad der Erreichung in einem jährlich zu erstellenden Bericht bilanziert wird.

Im Strategiebericht 2017 des Fachbereiches Jugend, Familie und Senioren (Stand 27.01.2017) werden die konzeptionellen Leitlinien für die Gemeinwesenarbeit in der Trägerschaft der

Stadt Rastatt wie folgt definiert: „Die Gemeinwesenarbeit ist in Stadtteilen eingerichtet, die einen verdichteten Wohnraumbestand aufweisen, überdurchschnittliche soziale Problemlagen erkennen lassen durch einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund oder auch soziale Veränderungsprozesse gekennzeichnet sind. Die Gemeinwesenarbeit nimmt Interessen und Bedarfe der BürgerInnen wahr, weckt bürgerschaftliches Engagement, berät bei der Bewältigung sozialer Problemlagen bürgernah und fördert nachhaltig das Zusammenleben der Kulturen in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil. Dabei berücksichtigt sie immer auch demographische Entwicklungen in Rastatt. Zugewanderte Menschen erhalten bedarfsorientierte Angebote und haben Beteiligungsmöglichkeiten“ (S. 4)

So dann werden Rahmenziele benannt:

„Die Gemeinwesenarbeit ist für die Menschen in deren Wohnumfeld erreichbar und fördert

- die Entwicklung und Image (Verbesserung des Stadtteils in der Innen- und Außenwahrnehmung)
- die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil
- die Bildung von Netzwerke im Stadtteil
- die Gemeinschaft
- die Öffentliche Wahrnehmung des Stadtteils.“

Im Sinne einer Operationalisierung dieser Rahmenziele werden für alle vier Einrichtungen gleichermaßen die Jahresziele vorgegeben:

„Zielerreichung der in der Evaluation festgelegten Ziele im Jahr 2017

- Neue Schwerpunktsetzung im Bereich der Senioren
- Der zusätzliche Bedarf an Integrationshilfen zur Unterstützung der anschlussuntergebrachten Flüchtlinge ist bekannt und sichergestellt

Umsetzung:

- Überprüfung der Umsetzung der Evaluation der Gemeinwesenarbeit in einem Jahresbericht
- Planung von regelmäßigen Angeboten für Senioren (z.B. Essen, Beratung, Gemeinschaft)
- Halbjährliche Zielüberprüfung und ggf. Anpassung der operativen Ziele
- Dokumentation des Fallaufkommens notwendiger Hilfen für Flüchtlinge
- Überprüfung der Organisationsstruktur und des Personalbedarfs im Zusammenhang mit den zusätzlichen Anforderungen durch Integrationshilfen für Flüchtlinge“

Im Sinne des New Public Management werden als Berichts- und Controllinginstrument, wie es in anderen Stadtverwaltungen für die gesamte Behörde durchaus üblich ist, konkrete Maßgrößen einrichtungsübergreifend vorgegeben. Zum Beispiel:

- „Kennzahlen des NKHR

- Angebote für Senioren sind an den Standorten der Gemeinwesenarbeit eingeführt
- Teilziele, bzw. die jeweiligen Meilensteine, sind wie in der Evaluation beschrieben erreicht“.

5. Jahresberichte der Gemeinwesenarbeit Rastatt

Es ist eine übliche Verfahrensweise im Fachbereich die Erfahrungen und Aktivitäten der Gemeinwesenarbeit jährlich in Form eines Jahresberichtes zu dokumentieren. Dieser wird von allen vier Einrichtungen an den Standorten „Dörfel“, Rastatt West, Rheinau Nord und Bahnhof/Industrie nach dem oben genannten Ziele-Schema ausführlich dargestellt. Der aktuelle Jahresbericht 2017 wurde dem Ausschuss für Jugend, Soziales und Kultur am 18.06.2018 in öffentlicher Sitzung vorgestellt. Er ist unter der Drucksache 2018-077 nachzulesen. Eine ausführliche Rezeption kann an dieser Stelle unterbleiben. Stattdessen werden im Folgenden für jeden Standort nur einige besonders beachtenswerte Passagen hier dargestellt:

5.1 Dörfel

Dem Bericht der Gemeinwesenarbeit aus diesem Stadtviertel wird vorausgestellt: „Der Stadtteil ist durch kulturelle Vielfalt und buntes Leben geprägt. Besondere Merkmale des Stadtteils, in dem zum Stichtag 31.12.2017 5.433 Menschen lebten, sind die zahlreichen Spielstraßen, die Neubaugebiete auf dem "Hertel-Areal" und „Joffre-Areal“, der Franz-Maier-Platz sowie das Wohngebiet Lützowerstraße 7-9. Gemessen an der Gesamtstadt Rastatt mit ca. 44,7% hat das „Dörfel“ mit 57 % einen hohen Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund. Im Stadtteil „Dörfel“ ist das Thema Integration somit ein zentrales Thema, auch im Hinblick auf anschlussuntergebrachte geflüchteten Menschen, die seit 2016 auch im Stadtteil wohnen.“

Unter der Zielperspektive *Entwicklung und Image* wird auf Seite 8 konkret Bezug auf dieses Migrationsthema Bezug genommen und wie folgt über konkrete Aktivitäten berichtet:

- „Offener Treff für Erwachsene in Kooperation mit der Lebenshilfe, jeden 2. Mittwoch im Monat mit durchschnittlich 16 Teilnehmenden
- Internationales Kochen für Kinder mit dem Jugendmigrationsdienst des Caritasverbandes mit durchschnittlich zwölf Teilnehmenden
- Einsatz des Spielbusses im September und Oktober.“

Das Thema Migration wird ferner unter der Zielperspektive „**Gemeinschaft**“ wieder aufgegriffen: „Zur Förderung der Gemeinschaft fanden 2017 im Stadtteilbüro Dörfel folgende bedarfsgerechte und interkulturelle Aktivitäten und Projekte für und mit Menschen verschiedenen Alters und unterschiedlicher Herkunft statt. Diese Angebote förderten das gegenseitige Kennenlernen, den Austausch sowie Toleranz, Wertschätzung und Verständnis füreinander. Auch Geflüchtete wurden über diese Angebote in das Gemeinwesen eingebunden.“ (S. 4) So dann werden konkrete Beispiele für Aktivitäten aufgeführt. Ferner wird darauf hingewiesen, das auch Bildungsangebote insbesondere für Bewohner/innen mit Migrationshintergrund, ein Bildungspatenprojekt sowie Sprachkurse organisiert werden. „Darüber hinaus wurde durch

die Gemeinwesenarbeit soziale Erstberatung, z.B. für Formularhilfe oder Weitervermittlung und ggf. Begleitung an andere Dienst- und Fachstellen im Rahmen einer wöchentlichen Sprechzeit mittwochs von 14 bis 18 Uhr oder nach Vereinbarung angeboten.“ In diesem Zusammenhang wird auch darauf verwiesen, dass durch die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil, ein zusätzlicher Mehrbedarf an Integrations- und Unterstützungsleistungen durch die Gemeinwesenarbeit entstanden ist. Zu der bereits vorhandenen Vollzeitstelle wurde deswegen eine weitere Teilzeitstelle (0,5 VzSt.) dauerhaft eingerichtet.

Diese Migrationsthematik wird noch einmal in der Zielperspektive „Identifikation mit dem Stadtteil“ in bemerkenswerter Weise hervorgehoben: „Wie sich Menschen in ihrem Wohnumfeld engagieren, ist ein wichtiger Indikator für die Identifikation mit dem Stadtteil. Im Engagement der Bewohnerschaft des Stadtteils waren Einheimische sowie Menschen mit Migrationshintergrund, sowie auch Geflüchtete aktiv. Bewohner/innen mit Migrationshintergrund stellten 2017 den größten Teil der Ehrenamtlichen, was der Bevölkerungsstruktur im Dörfel entspricht.“ (S. 4).

Darüber hinaus wird unter der Rubrik *Entwicklung und Image* u.a. über die Durchführung von Hocks, Fußballturnieren, die Stadtteilzeitung oder „Präsentationsflächen für Vereine“ etc. in eher allgemeiner Form berichtet. Herausgehoben wird „die etablierte und sehr geschätzte Stadtteilzeitung „Hallo Dörfel“ erschien auch im Jahr 2017 vier Mal. Die Gemeinwesenarbeit „Dörfel“ ist Bestandteil des derzeit aus drei Personen bestehenden Redaktionsteams und verantwortlich für die Koordination der Redaktionsarbeit.“

5.2 Gemeinwesenarbeit Rastatt-West

Bekanntlich beschreibt die Begrifflichkeit „Rastatt-West“ keinen gewachsenen Stadtteil und auch keine eigenständige statistische Einheit. Mehrere, voneinander unabhängige Wohngebiete (Augustavorstadt, Westring, Leopoldring, Joseph-von-Eichendorff-Weg, „Dichterviertel“) werden zu einer gedachten Einheit kreiert. Von daher ist die generelle Aufforderung durch das Rahmenmodell der vorgegebenen Ziele beim Stichwort „Identifikation mit dem Stadtteil“ wohl schon eine unerfüllbare Herausforderung. Die Kollegin hat das auf diplomatische Weise gut gelöst: „Eine Identifikation mit dem Stadtteil zeigt sich im Besonderen dann, wenn Bewohner/innen sich aktiv bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen und nachbarschaftliche Beziehungen entstehen und geschätzt werden.“ (S. 13).

In den Stadtvierteln Augustavorstadt und Zur Friedrichsfeste liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei über 60 %. Inwieweit diese Thematik sich im Angebot der Gemeinwesenarbeit niederschlägt, mag folgender Überblick ausdrücken:

- Eine Ferienspaßwoche vom 27. Juli bis 2. August
- Ein Selbstbehauptungskurs für Frauen mit 16 Teilnehmerinnen am 29. und 30. September
- Ein wöchentlich stattfindendes Projekt „Kunst lässt Kinder wachsen“. In Kooperation mit der Augusta-Sibylla-Schule und dem Förderverein arbeiten Schülerinnen und Schüler, darunter auch geflüchtete Kinder gemeinsam an einem Objekt.

- Laternenbasteln mit der Gemeinwesenarbeit Dörfel in den Herbstferien.
- Ein gemeinsames Bastelangebot am Nikolaustag in der Aktionshütte auf dem Weihnachtsmarkt mit der GWA Rheinau Nord.
- Offenes Schachspiel am 13. und 14. Dezember
- Das Feriensportangebot „Spiel & Spaß in der Jahnhalle“ vier Mal im Jahr
- Frauenfrühstücksangebote im Kantorenhaus bei dem der interkulturelle Austausch im Vordergrund stand.
- Eine Walkinggruppe für Frauen am Vormittag in den wärmeren Monaten außerhalb der Schulferien
- Sprachgruppen für verschiedene Zielgruppen im Erwachsenenbereich.
- Eine wöchentliche Spielgruppe für Eltern mit 0-3jährigen Kindern.
- etc.

Aus dieser unvollständigen Auflistung der Aktivitäten wird deutlich, dass hier vor allem eine Zielgruppenarbeit mit Eltern und ihren Kindern im Mittelpunkt der Arbeit steht. Die Thematik des äußerst hohen Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund wird eher am Rande erwähnt. Das soll nichts über die Qualität der konkreten Arbeit aussagen.

Abschließend heißt es im Bericht: „Regelmäßige Anfragen an die Jugendsachbearbeiter des Polizeireviere und an den Allgemeinen Sozialen Dienst des Kreisjugendamtes zu möglichen besonderen Bedarfen in den einzelnen Quartieren bestätigen diesbezüglich weiterhin einen unauffälligen Stadtteil.“ (S. 10)

Zuvor soll noch ein Thema aufgegriffen werden, das gerade einem fachlich geschulten Besucher sofort ins Auge sticht, und das im Jahresbericht wie folgt benannt wird: „Das Kantorenhaus als Ort der Begegnung ist im Stadtteil zunehmend präsent, liegt jedoch etwas versteckt, in der zweiten Reihe der Bebauung.“ Es ist zudem für eine Anlaufstelle oder einen niedrigschwelligen Treffpunkt einer Einrichtung der Gemeinwesenarbeit ästhetisch und architektonisch ungewöhnlich attraktiv. Die Mitarbeiterin sprach nicht ohne Stolz „vom schönsten Dienstgebäude der Stadt Rastatt“. Sie erkennt durchaus die Ambivalenz dieses Gebäudes.

Vorneweg sei die Anregung gestattet, nicht nur das zusätzliche längst überfällige Hinweisschild „Stadtteilzentrum (Gemeinwesenarbeit)“ anzubringen, sondern auch über eine grundsätzlich konzeptionelle Neuorientierung nachzudenken. Seit einigen Jahren gibt es bundesweit eine große erfolgreiche gemeinwesenorientierte Neukonzeptionierung von Kindertagesstätten zu Familienzentren. Landauf, landab existieren inzwischen tausende solcher niedrigschwelliger Angebote für Kinder und Familien in unterschiedlichen Organisationsformen. Auch die baden-württembergische Landesregierung unterstützt seit 2016 die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren.

Da die Angebote der seit vielen Jahren dort erfolgreich tätige GWA-Mitarbeiterin sich schwerpunktmäßig auf Kinder und deren Eltern bezieht, liegt es nahe über eine Zusammenführung dieser Arbeit mit der benachbarten Kita in Form eines Stadtteil- und Familienzentrums nachzudenken.

5.3 Gemeinwesenarbeit Rheinau-Nord

Die Stadt Rastatt betreibt in Rheinau-Nord neben dem Stadtteiltreff auch einen Jugendtreff, der von der Gemeinwesenarbeit organisiert wird. Im Bericht heißt es: Zum Stichtag 31.12.2017 lebten im gesamten Stadtteil Rheinau 5.643 Menschen, 51% davon haben einen Migrationshintergrund.“ Rheinau-Nord, hat dagegen einen ausgesprochen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von rund 63 %.

Im Jahresbericht steht die Bildungs- und Freizeitarbeit, insbesondere mit den Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt. Im Wesentlichen finden sich folgende Angebote wider:

- Zwei Kochabende mit Anwohnerinnen und Teilnehmerinnen unterschiedlicher Gruppen
- Ein Spielefest am 30. Juni.
- ein Malworkshop
- Zwei Angebote in der „Aktionshütte“ auf dem Rastatter Weihnachtsmarkt mit der Gemeinwesenarbeit Rastatt West
- Ein offenes Sportangebot „Sport und Fun“, an den Sonntagnachmittagen in den Wintermonaten.
- Das Lesecafé mit der Möglichkeit sich in ihrem Wohnumfeld Bücher zu leihen, zu tauschen sowie ein Austausch über Bücher und literarische Themen
- Drei Literaturtreffen unter der Leitung eines Ehrenamtlichen,
- Ein Mundartabend
- Die Capoeiragruppe
- Breakdance-Training
- Zwei Kindergruppen wöchentlich für Grundschul Kinder von sechs bis zehn Jahren mit Inhalten Basteln, Spielen, Malen, Theater.
- Drei Malkurse, an denen jeweils sieben Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren teilgenommen haben.
- Offene Mittagszeit für Schüler/innen der Gustav-Heinemann-Schule von der achten bis zehnten Klasse.
- Mädchentreff für Mädchen ab der fünften Klasse.
- Ein Jugendtreffabend für Jungs ab der vierten Klasse am Mittwochabend startete Ende März.
- Fünf Spielbuseinsätze auf dem Spielplatz „am Eck“, bei der Konrad-Adenauer-Brücke
- Ferienaktionen für Kinder und Jugendliche in den Faschings-, Oster-, Pfingst- und Sommerferien

Bemerkenswert wenig wird erkennbar, dass das Angebot auf den hohen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund abgestimmt worden ist, obwohl mehrfach von „bedarfsgerechten Angeboten“ die Rede ist. Hierüber wird nur rudimentär berichtet, z.B. dass von einer Ehrenamtlichen Russischunterricht für Kinder angeboten wird, oder von einem „Integrationsprojekt ‚Seilhänger‘, bei dem Jugendlichen über das Medium Klettern gemeinsame Erfahrungen ermöglicht werden“, das gemeinsam mit dem Jugendmigrationsdienst der Caritas und dem Deutschen Alpenverein (DAV) organisiert wurde.

Die Gemeinwesenarbeit Rheinau-Nord wurde wiederholt auf den Plan gerufen, um Missstände und Probleme in und auf öffentlichen Spiel- und Freiflächen aufzugreifen, die u.a. auch „protokolliert und an die zuständigen Fachbereiche weitergegeben“ wurden. Ausdrücklich wird die Zusammenarbeit mit dem Kundenbereich Ökologie und Grün erwähnt, in Folge dessen im Rahmen halbjährlichen Austauschgespräche auch konkrete Verbesserungen durchgesetzt werden konnten, so wurden „an zwei Standorten im Rheinauer Ring (Grünanlage und hinter der Kindertagesstätte) Abfallbehälter aufgestellt. Die Standorte der Abfallbehälter wurden mit der Gemeinwesenarbeit abgestimmt.“

Interessant ist auch nachfolgender Hinweis: „Anregungen aus der Bewohnerschaft für eine notwendige Verbesserung der Infrastruktur wurden an die Gemeinwesenarbeit Rheinau Nord im Berichtszeitraum nicht herangetragen.“ (S. 13)

5.4 Gemeinwesenarbeit Bahnhof/Industrie

Der Bezirk der Gemeinwesenarbeit Bahnhof/Industrie setzt sich aus mehreren Stadtvierteln der Stadtteile Rastatt Mitte und Industrie zusammen. Auch hier kann nicht von *einem* Stadtteil die Rede sein. Dennoch wird auch hierzu pflichtgemäß berichtet: „Zur Identifikation der Bewohner/innen mit ihrem Stadtteil konnte die Gemeinwesenarbeit auch 2017 Organisationen und Akteure in geplante Aktivitäten einbinden.

Im März fand eine thematisch strukturierte Stadtteilbegehung statt. Die Ergebnisse wurden dokumentiert und an die Kundenbereiche Tiefbau und Ökologie und Grün für deren Planungen weitergeleitet. Daneben konnten bei der Begehung festgestellte kleinere Mängel, wie z.B. eine defekte Straßenlampe in der Werkstraße, so umgehend gemeldet und behoben werden.“ (S. 17) *Identifikation* mit dem Stadtteil? Des Weiteren wird unter dieser Überschrift von einem Stadtteilstreit Bahnhof/ Industrie/Beinle berichtet, das mit zwölf Organisationen und Gruppierungen an sieben Ständen und einem bunten Bühnenprogramm durchgeführt wurde. Ferner dass den Stadtteilstreit „selbstorganisierte Gruppen, z. B. für Kochabend im Rahmen der interkulturellen Woche, oder für monatliche Treffen der Veganen Kochgruppe nutzen.“ (S. 17).

Die Gemeinwesenarbeit berichtet über imagefördernden Maßnahmen im Bereich des Stadtgebiets Bahnhof/Industrie:

- die Veranstaltungsreihe ‚Kultur am Bahnhof‘ mit insgesamt fünf Veranstaltungen von Juni bis September unter dem Motto Zirkus & Artistik.
- die Teilnahme an der Aktion „Saubere Stadt“ mit Jugendlichen eines Schulverweigererprojektes des Internationalen Bund (IB) und zwei Bewohnern der Gemeinschaftsunterkunft Alte Bahnhofstraße

Ferner entstand mit dem „Interkulturellen Garten“ an der Ecke Alte Bahnhofstraße/Baumeisterstraße eine zusätzliche Aufenthaltsfläche für die Bewohner/innen. Im Bericht heißt es: „Die angrenzende Umspannstation wurde im Rahmen eines gemeinsamen Projektes der Gemeinwesenarbeit mit dem Bürgerverein Beinle/Industrie e.V., den beiden Künstlern

Jürgen Pfeifer und Alessandro Benigni, minderjährigen Flüchtlingen des Schülerwohnheims im Dörfel bzw. aus einer Vorbereitungsklasse der Josef-Durler-Schule, gemeinsam bemalt. Beteiligt waren auch einige Anwohner/innen. Die Bürgerstiftung Rastatt unterstützte das Projekt zusätzlich mit einer großzügigen Spende. Das gelungene Ergebnis sorgt für eine optische Aufwertung des ansonsten eher tristen öffentlichen Raumes im Stadtteil Industrie.“ (S. 17)

Wie in allen anderen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit wird die Bedeutung durchgeführter Netzwerktreffen bzw. Stadtteilkonferenzen hervorgehoben. Eine detaillierte Darlegung der vertretenen Institutionen und Vereine, der Themen und Vereinbarungen sowie der effektive Ertrag dieser Treffen im Sinne des angestrebten „*Outcomes*“ erfolgen nicht.

Zur Zielperspektive *Gemeinschaft* wird über einen regelmäßigen Sprachtreff berichtet, an dem insgesamt elf Personen aus sieben verschiedenen Ländern teilgenommen haben. Spannend wirkt die Darlegung der drei Treffen eines Interkulturellen Dialogs mit Vertreter/innen der christlichen Kirchen und Moscheevereine. In diesem Zusammenhang gab es u.a. eine gemeinsame Veranstaltung im Rahmen der Interkulturellen Woche oder eine Sternfahrt zum Thema unterschiedliche Bestattungsrituale.

Soweit die ausschnittsweise Betrachtung des letzten Jahresberichtes 2017 für alle vier Stadtteile, der sich zwar in der Form, aber nicht von den Inhalten wesentlich von dem des vorangegangenen Jahres 2016 unterschied. Diese Kontinuität liegt durchaus im Interesse der Stadtverwaltung und ließe sich von außen betrachtet, zunächst als Weiterführung einer erfolgreichen Arbeit bewerten. Bei genauerer Betrachtung wird allerdings klar, dass diese Kontinuität dem vorgegebenen Berichtsrahmen geschuldet sind. In den Interviews, die mit jedem einzelne/n Mitarbeiter/in geführt wurden, entstand durchaus der Eindruck, dass dies nicht unbedingt ein wirklichkeitstreuere Spiegelbild des Alltages der Gemeinwesenarbeit in Rastatt darstellt. Ohne auf alle Details eingehen zu wollen, erschließen sich nicht immer die konkrete Zuordnung der Praxisberichte zu den jeweiligen Zieldimensionen.

6. Abschließende Rückmeldungen zur Gemeinwesenarbeit in Rastatt

6.1 Allgemeine Wertschätzung:

Nachdem die Gemeinwesenarbeit in Rastatt über einen Zeitraum von fast einem Jahr beobachtet werden konnte, eine Vielzahl von Dokumenten und Arbeitsmaterialien gesichtet wurde, Gespräche mit vielen Bewohner*innen der beteiligten Quartiere, zufällig ausgewählten Passant*innen, mit Vertreter*innen einiger Gemeinderatsfraktionen, zwei Bürgerversprechenden und allen Gemeinwesenarbeiter*innen der Stadt Rastatt geführt wurden, lassen sich folgende Kernaussagen treffen:

- I. Rastatt hat eine bewährte und profilierte Gemeinwesenarbeit an vier wichtigen Standorten, die mit sehr guten Fachkräften besetzt ist. Über vielfältige Angebote und Maß-

nahmen sind diese Mitarbeiter*innen auch als Ansprechpartner*innen der Stadtverwaltung in den Quartieren präsent und üben dort eine Art Scharnierfunktion zwischen Bürger*innen und Stadtverwaltung aus.

- II. Kontinuität und Tradition sind eine beachtenswerte Stärke dieser Sozialen Arbeit in den Stadtteilen Dörfel, Bahnhof/Industrie, Rheinau-Nord und Weststadt. Die Mitarbeiter*innen kennen bestens die sozialräumlichen Verhältnisse und wichtige Ansprechpartnerinnen.
- III. An allen vier Standorten gibt es Schlüsselpersonen, mit denen die Hauptamtlichen eine vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit pflegen. In langen Gesprächen haben diese Personen immer wieder ihre hohe Zufriedenheit mit der dort erbrachten Gemeinwesenarbeit erklärt. Dass hier langjährige Beziehungsarbeit geleistet worden ist, war deutlich.
- IV. Auf der operativen Ebene ist es den Gemeinwesenarbeiter*innen vor Ort durchaus gelungen, den vorgegebenen Zielrahmen einzuhalten und die so gesetzten Ziele zu erfüllen. Von daher ist dem Fazit des Kundenbereiches Kommunale Sozialarbeit zuzustimmen: „Als soziale Arbeit in vier Stadtteilen bringt sie Menschen und Institutionen zusammen, ermöglicht Beteiligung und fördert die Entwicklung von Identität der Menschen in ihrem Wohnumfeld.“

6.2 Denkanstöße für den nächsten Berichtszeitraum

Wir erleben einen globalen klimatologischen, sozialen und technologischen Wandel, der tiefgreifende Veränderungen mit sich bringt. Solche sowie gesellschaftliche Entwicklungen spiegeln sich, gewissermaßen wie in einem Brennglas, in den Städten und Gemeinden wider. Hier vor Ort müssen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft sich diesen Herausforderungen stellen und gemeinsam erfolgversprechende Strategien entwickeln. Dieser rasante Wandel fordert auch Organisationen bzw. deren Angebotsstrukturen immer zur Selbstreflexion und kritischen Evaluation der bisherigen Abläufe heraus.

Nicht zufällig spiegeln sich auch die aktuellen „großen Themen“ in den Expert*innen-, Bürger*innen- und Straßeninterviews wider:

- Migration, Integration und damit verbundene Ängste, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit;
- Politikverdrossenheit, mangelndes zivilgesellschaftliches Engagement/Teilhabe und Erstarkung rechtspopulistischer Strömungen
- Sozialer Zusammenhalt, Diversität, individuelle Einsamkeit sowie Parallelstrukturen und -milieus in der Stadt wie in den Stadtteilen als Spektrum einer komplexen Problemlage
- Demographischer Wandel und seniorenrechtliches Wohnen im Stadtteil
- Fehlende bezahlbare Wohnungen für Alle und diverse Wohnprobleme vor Ort, z.B. im Bereich Alte Bahnhofstraße/Baumeisterstraße (Vonovia)

Aber auch lokale Themen wurden benannt, z.B.

- Verkehrslärm und fehlende Parkplätze
- Infrastrukturdefizite (Läden) z.B. in Dörfel
- Mangelhafte Sauberkeit.

6.2.1 Ziele-Rahmen bzw. Messgrößen

In den seit der Evaluation 2012 festgelegten Zieleparameter (die Entwicklung und Image des Stadtteils in der Innen- und Außenwahrnehmung, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil, die Bildung von Netzwerke im Stadtteil, die Gemeinschaft sowie die öffentliche Wahrnehmung des Stadtteils) spiegeln sich weder die aktuellen Entwicklungen noch die alltägliche Praxis der Kolleg*innen in angemessener Form wider.

Selbstverständlich kann man das so machen. In Anlehnung an die deduktive Wissenschaftstheorie werden analog zur Hypothesenbildung im „Kritischen Rationalismus“ Aussagen als Zielparame-ter gesetzt, die dann auf jeden Einzelfall, hier auf alle vier Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit gleichermaßen übertragen. Im Unterschied zur Forschungsmethode ist dies jedoch nicht mit dem Auftrag verbunden, zu überprüfen, ob diese „Hypothesen“ der jeweiligen Praxiserfahrungen entsprechen bzw. ob sie überhaupt passen, um die dortige Praxis abzubilden.

Zweifelsfrei hat diese Methode den Vorteil der Vereinheitlichung bzw. Standardisierung für alle vier Einrichtungen, die jedoch in völlig unterschiedlichen Stadtteilen, mit anderen Traditionen, Bevölkerungsgruppen, Sozialräumen und nicht zuletzt mit sehr verschiedenen Kompetenzen der Mitarbeiter*innen ausgestattet sind. Darüber hinaus bietet dieses standardisierte Ziel-system eine leichtere Kompatibilität mit dem NKHR-Kennziffersystem der Stadtverwaltung Rastatt.

Es gilt aber abzuwägen, welche Vorteile eine andere Methode hätte. Ginge man stattdessen im Sinne der induktiven Wissenschaftstheorie vor, gälte es, die Ziele aus den konkreten Verhältnissen und alltäglichen Praxiserfahrungen vor Ort und somit aus einem sozialen Prozess heraus zu definieren und dann erst zu prüfen, ob sich diese Ziele in ein einheitliches Berichts- und Bewertungssystem zusammenfassen lassen oder ggf. nebeneinander zu stellen wären. Dem müsste allerdings erst eine solide Analyse der sozialräumlichen Situationen (Probleme, Bedarfe, Ressourcen, Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken etc.) und davon dann abgeleitet ein systematischer Zielfindungsprozess in den jeweiligen Stadtteilen vorausgehen. Die Vorteile lägen auf der Hand:

- Die Kluft zwischen den gesetzten Zielen und der realen Praxis würde aufgelöst.
- Die konkreten Verhältnisse vor Ort wären Thema und Ausgangspunkt des Handelns. Aktivierende Methoden sind unverzichtbar.
- Die Themen und Kategorien entsprächen den Problemen, aber auch den Handlungsmöglichkeiten vor Ort
- Die Situationsanalyse/-beschreibung ließe sich ohne aktive Einbindung von Bewohner*innen und anderen Stadtteilakteuren gar nicht denken.

- Der Zielfindungsprozess müsste alle wichtigen lokalen Komponenten und Akteure mit einbeziehen.
- Die Wahrscheinlichkeit erfolgreich nachweisbarer Wirkungen im Quartier stiege beträchtlich.

Des Weiteren drängen evidente soziale, kulturelle und politische Probleme und Entwicklungen nach einer sozialräumlichen Reflexion und Bearbeitung. Im Rahmen der vorliegenden Evaluation gerieten folgende Probleme in den Fokus:

- Der demografische Wandel, mit zunehmenden Unterstützungsbedarfen für ältere Menschen, steigende Altersarmut und Vereinsamung älterer Menschen.
- Der manifeste Fremdenfeindlichkeit und Rechtsentwicklung, die vor allem in den anonymen Straßeninterviews zum Ausdruck kam.
- Politik- und Staatsverdrossenheit auch auf lokaler Ebene („die da oben interessieren sich nicht für uns“, „die machen ja doch was wollen“, „Der Oberbürgermeister lässt sich bei uns nie blicken“, etc.), die sich auch im Wahlverhalten ausdrücken.
- Die in allen Quartieren nicht zufriedenstellende Bereitschaft zu dauerhaftem bürgerschaftlichem Engagement.
- Die Gefahr des Auseinanderbrechens des sozialen Zusammenhalts bzw. die immer schwieriger werdenden Aufgabe der Integration aller Bevölkerungsgruppen und Milieus.

Ist es da wirklich realistisch mit den bisherigen Parametern von „Entwicklung und Image des Stadtteils in der Innen- und Außenwahrnehmung, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil, die Bildung von Netzwerken im Stadtteil, die Gemeinschaft sowie die öffentliche Wahrnehmung des Stadtteils weiter zu arbeiten“?

In den Fachgesprächen mit den beteiligten Kolleg*innen wurden diese Schwierigkeiten benannt. Zunächst wurde deutlich, dass die teilweise künstlich verorteten soziographischen Systeme keinesfalls homogene Strukturen und Bevölkerungskohorten ausweisen, geschweige denn gewachsene Gebilde wären (insbesondere Weststadt und Bahnhof/Industrie, aber auch Rheinau-Nord und neuerdings Dörfel infolge größerer Neubaugebiete), die so etwas wie Identifikation oder Gemeinschaft zumindest vorstellbar machten. Des Weiteren sind die begrifflichen da inhaltlich-normativen Implikationen keineswegs für alle Beteiligten klar. Was sollen die Mitarbeiter*innen und die Bewohner*innen, um die es ja geht, unter Identifikation und Gemeinschaft verstehen? Identifikation mit was und wem? Mit was und wem sollen sich die Mieter*innen in der Lützowerstraße identifizieren? (Hier wurde gesagt: „Wenn ich mich irgendwo um eine Arbeitsstelle bewerbe, habe ich keine Chance, wenn die meine Adresse lesen“). Mit was und wem die „alten Dörfel“, die vor sechzig Jahren hier geboren wurden und jetzt im Gespräch sagen: „Das ist heute Klein-Istanbul“? Und welche Stadtteilidentifikation sollen die traditionellen Bürger*innen in der Augustastraße oder am Leopoldring haben?

6.2.2 Neue Herausforderungen durch „Migration“ und der Gemeinschaftsidee

Manche Stadtteil- und kulturelle Entwicklungen stellen also die eine oder andere liebgewordene Zieldimension in Frage. Sie bedürfen zumindest der Erläuterung oder Differenzierung. Weiter gilt es zu klären, welche Vorstellungen verbinden sich zum Beispiel mit der Idee der „Gemeinschaft“. Welche Gemeinschaft ist gemeint? Und erleben wir so etwas heute noch? Ist die gesellschaftliche Realität nicht längst geprägt von einem Plural an Gemeinschaften, sprich Communities? In mehreren Stadtteilen war von Bewohner*innen deutlich zu hören, dass sie zwischen divergierenden „uns“ bzw. „wir“ und „denen“ bzw. „die da“ sprachen. Das war nicht immer nur negativ gemeint. Gemeinschaften leben traditionell von der Idee einer gemeinsamen Wertebasis, Sitten und Gebräuche sowie von so etwas wie einer kollektive Identität, die auf Wir-Gefühlen bzw. -Identitäten basieren. Diese werden nicht mehr hinterfragt, sondern selbstverständlich auch über Lebensstile und -formen habitualisiert. Wie ist es bestellt mit den Gemeinschaften vor Ort?

Dass solche homogenen Idealbilder urbaner Stadtteile der heutigen Wirklichkeit auch in Rastatt nicht entsprechen, dürfte unstrittig sein. In den Interviews auf der Straße und in den Stadtteilbüros wurde wiederholt gerade auf die gegenteilige Praxis hingewiesen. So beklagte z.B. eine Frau, die selbst einen Migrationshintergrund hat, dass bei einem Kinderfest in Rheinau-Nord während der Fußball-WM sich alle Kinder Nationalflaggen ins Gesicht gemalt hätten, z.B. polnische, russische, rumänische, türkische, aber keine einzige deutsche Fahne. Ein älterer Herr, der aus Polen eingewandert war, berichtet empört von einem Autokorso mit russischen Fahnen, als Russland die Krim annektiert hatte. Ältere Menschen beklagen den Verlust vergangener Tage. Das ist nichts Außergewöhnliches, vor allem aber beklagen sie ihre Vereinsamung. Ihnen fehlen soziale Kontakte und Gespräche.

Dass Menschen auf der Straße ebenso wie an Stammtischen schimpfen, ist man inzwischen gewohnt. Erstaunlich ist jedoch, dass die Zufriedenheit mit dem Leben in Rastatt und in den Stadtteilen vor allem bei den Menschen mit Migrationshintergrund am höchsten scheint. Dies traf in den Interviews vor allem auf die Personen mit türkischer Herkunft sowie für Menschen mit Fluchterfahrung zu. Vor allem im Dörfel wurde dies offenkundig. Hier zeigen sich die bekannten *Phänomene positiver Segregation*. Durch die hohe Zahl eigener Landsleute und Verwandte in räumlicher Nähe gelingen paradoxerweise am ehesten die Alltagsbewältigung, die Orientierung in der neuen Heimat, die Stellensuche und letztlich so etwas, was manche vielleicht als „Integration“ bezeichnen würde. Diese Menschen gehen einer geregelten Arbeit nach, haben eine Wohnung, mitunter sogar ein eigenes Haus, ihre Kinder besuchen Kindergarten, Schule und Nachmittagsangebote und stören für gewöhnlich auch nicht im öffentlichen Leben (wenn wir davon absehen, dass einige Mitbürger*innen das Tragen von Kopftüchern bereits als störend empfinden). Sie verfügen zumeist auch über Erfahrungen der Solidarität, der Sicherheit gebenden Gruppe und der Gemeinschaft. Einer Gemeinschaft, die keinesfalls identisch ist mit der Idee der Gemeinschaft, wie sie oftmals in der Öffentlichkeit propagiert wird, nämlich der Gemeinschaft des Ortes. Hier handelt es sich um frei gewählte, oftmals stadtteilübergreifende Netzwerke und Communities. Die Rede von der „Parallelgesellschaft“ ist oftmals negativ besetzt. Für die Menschen mit Migrationshintergrund ist dies zweifelsfrei eine Ressource, die der Bewältigung vieler Probleme dient. Von daher ist es unab-

dingbar, sich über die Deutungsmuster und -bilder auszutauschen, die mit dem Begriff der „Gemeinschaft“ einhergehen.

Aber was sagt das über Identifikation und Identitäten aus? Gerade wer Migrationserfahrung hat, orientiert sich lange Zeit noch stärker mit seiner/ihrer alten Heimat. Dort wird er aber zunehmend mit seiner neuen Heimat identifiziert. Migrant*innen sind oftmals fremd in der alten Heimat, fremd jedenfalls auch in der neuen Heimat. Insbesondere für die Nachkommen ist das sehr schwierig. Selten beherrschen sie die Sprache der Eltern in Schrift und Ausdruck, die Kultur kennen sie meist nur aus Erzählungen, sie sprechen am besten Deutsch und werden dann doch von vielen Deutschen als „die Türken“/ „Russen“ etc. bezeichnet. Mit wem und was sollen sie sich identifizieren? Der bekannte Sozialpsychologe Heiner Keupp spricht deshalb von einem „Patchwork der Identitäten“ (Patchworkidentität.) Inner- und intrapersonale Konflikte sind vorprogrammiert. Professionelle Begleitung bedeutet dann, diese Menschen und ihre Umwelt in solchen Orientierungsprozessen solchermaßen zu begleiten, dass entsprechend des Auftrages unseres Grundgesetzes die „Würde des Menschen“ geachtet wird. Manche sprechen deshalb auch von „postmodernen Identitäten“, die sich in einem offenen, unabschließbaren Prozess mit vielem Widersprüchlichen und einem oft ambivalenten Nebeneinander herausbilden. Nicht wenige der vielen in Rastatt lebenden Menschen leben deshalb in und mit fragilen, mehrschichtigen Identitäten. Sie sind Ausdruck einer pluralen, von Vielheit und Widersprüchlichkeit geprägten neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Eine junge Mutter erzählte im Interview: „Wenn man fragt, woher kommen Sie, sage ich ‚Türkei‘. Wenn jemand nach Staatsangehörigkeit fragt: deutsch.“ Auf die Frage, ob und wie sie Fremdenfeindlichkeit begegne, berichtet sie über viele Erlebnisse. Zum Beispiel sei sie mit ihrem Kind auf einer Bank im Park gesessen. Da ging ein älteres Ehepaar vorbei, wobei der Mann laut zu seine Frau sagte: „Hier siehst Du die Zukunft Deutschlands!“ Gefragt, wie sie darauf reagieren würde, antwortet sie: „Meistens tue ich so, als würde ich es nicht hören. Manchmal werde ich aber auch beleidigt, das lasse ich mir dann nicht gefallen. Ich bin hier geboren, zur Schule gegangen und so...“ Zieldimension Gemeinschaft? Oder doch eher eine Zieldimension „Inklusion“? Sie wird hier wie folgt verstanden: „Inklusion bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Als Menschenrecht ist Inklusion unmittelbar verknüpft mit den Ansprüchen auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Damit ist Inklusion sowohl ein eigenständiges Recht, als auch ein wichtiges Prinzip, ohne dessen Anwendung die Durchsetzung der Menschenrechte unvollständig bleibt.“ (<http://www.inklusion-als-menschenrecht.de/#c395>).

Langfristig betrachtet ist insbesondere die ungenügende Bildungs-Inklusion der Kinder der zweiten und dritten Generation von Zuwander*innen äußerst bedenklich. Sie birgt die Gefahr der dauerhaften sozialen Ungleichheit und gefährdet den sozialen Frieden. Denn noch immer sind Schulabschlüsse und erfolgreiche Bildungskarrieren maßgeblich für eine gute Platzierung am Arbeitsmarkt. Nicht von ungefähr sind unter den Arbeitslosen überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationsabschluss. Ursächlich dafür sind u.a. Benachteiligungen im Bildungsprozess. Internationale Studien kritisieren seit langem für ganz Deutschland die soziale Undurchlässigkeit des Bildungssystems. (vgl. http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2017/12606/pdf/BennerIlka_2017_01_24.pdf).

Fügt man diesen Übergangsquoten kleinräumige Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendgerichtshilfe hinzu, wird die Notwendigkeit sozialräumlicher Interventionsstrategien offenkundig. Die bisherigen Zieleparametern und den damit verbundenen Maßnahmen greifen hier zu kurz.

Auch die offenen Stadtteilkonferenzen, die ein- bis zweimal im Jahr durchgeführt werden, scheinen nicht hinreichend zielführend zu sein. Diese sollten durch Kooperations- und Koordinationsforen von Fachleuten speziell für die Zielgruppe der Kinder- und Jugendlichen dringend ergänzt werden. Es ist eine Frage der fachlichen und politischen Schwerpunktsetzung. Soll und kann die Gemeinwesenarbeit hier zielführend eingreifen? Denkbar wären Sozialraumkonferenzen, für die Belange von Kindern und Jugendlichen im Alter von 6 bis 18 Jahren, die fachlich reflektiert und bearbeitet werden. Dabei sollten u.a. die Gemeinwesenarbeiter*innen genauso wie die Schulen, Kitas etc. an einem Tisch sitzen und professionell sowie methodisch geleitet Probleme analysieren und konkrete Vorgehensweise vereinbaren. Wichtig wäre, dass dabei auch die nichtstädtischen Fachleute, insbesondere auch des Landkreises beteiligt wären. Die Intensivität der Treffen sollte zunächst höher sein und mit der Zeit neu vereinbart werden. Denkbar wären anfänglich vier Konferenzen im Jahr.

Darüber hinaus sollte bei Stellenneubesetzungen zwingend auf die so genannte "kulturelle Öffnung" in der Personalauswahl geachtet werden. In Stadtteilen, in denen um die 60 % der Menschen einen Migrationshintergrund haben, wäre es überaus hilfreich, auch städtische Mitarbeiter*innen vor Ort präsent zu wissen, die um die sprachlichen, kulturellen und lebensweltlichen Hintergründe aus eigener Erfahrung wissen. Alle aktuellen Mitarbeiter*innen sollte die Gelegenheit geboten werden, sich zeitnah in „migrationssensibler Sozialarbeit“ fortzubilden.

6.2.4 Demokratie beginnt in der Nachbarschaft

Ähnliche Vorgehensweisen sind auch in anderen Problemfeldern denkbar. Exemplarisch soll noch einmal das *Thema Migration* aufgegriffen werden. Auf der Straße begegnen uns vor allem Vorurteile und Ängste, wohl auch, weil sie seit geraumer Zeit von rechtspopulistischen Kräften gezielt geschürt und genährt werden. In einer Stadt wie Rastatt, wo mehr als jede/r zweite Bewohnerin einen Migrationshintergrund hat, bedarf es m.E. besonders großer Anstrengungen und besonderer Konzepte und Strategien, die an dieser Stelle nicht ausgeführt werden können. Die aktuellen Programme greifen aber augenscheinlich zu kurz!

Bei der Bundestagswahl 2017 gaben mehr als dreimal so viele Menschen ihre Stimmen für die AfD als 2013 ab: über 18 %. Bei den Landtagswahlen 2016 waren es gar über 22 %, d.h. mehr als jede/r Fünfte hat hier die AfD gewählt. Die hohen Stimmenanteile der AfD in Rastatt gerade in den Quartieren, wo Menschen mit osteuropäischem Migrationshintergrund wohnen, spricht für sich: „Ein Phänomen, das sich bei der baden-württembergischen Landtagswahl nicht nur auf Pforzheim beschränkte. Auch im Rastatter Wahlbezirk Rheinau-Nord, in dem viele Aussiedler leben, hatte die AfD 41,2 Prozent geholt, die CDU landete dagegen bei kläglichen 14,2 Prozent.“ (<https://correctiv.org/ruhr/integration-gesellschaft/2017/05/23/russlanddeutsche-und-die-afd-die-konservative-alternative/>)

Bei der Europawahl 2019 zeichnete sich für Rastatt ein ähnliches Bild (<https://wahlen11.rz-kiru.de/08216043W/EU2019bf.html#Bez028>). Auch hier hatte die AFD im Wahlbezirk Rheinau-Nord mit 27,6% den größten Zuspruch.

Über das Erstarren des Rechtspopulismus ist viel geschrieben worden. Was fehlt, sind wirklich wirksame Konzepte. Da darf man sich nichts vormachen. Hier kommen Werte und Einstellungen zum Ausdruck, die zum Teil seit vielen Generationen in den Familien gehegt und gepflegt wurden. Gerade deshalb gibt es seit geraumer Zeit im sozialwissenschaftlichen Diskurs Modelle lokaler Demokratisierung, die nicht zuletzt auch das Thema der Fremdenfeindlichkeit mit ins Auge fassen. Interessanterweise wird dabei immer wieder auch auf Gemeinwesenarbeit zurückgegriffen:

Angeknüpft wird dabei an der Entwicklung einer demokratischen Professionalität in der Sozialen Arbeit sowie in den Arbeitsfeldern von Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit. Patrick Oehler (2018: 253ff.) hat hierfür Handlungsleitlinien entwickelt, die als strategische Anhaltspunkte und Orientierungen für das professionelle Handeln dienen können. Vor allem geht es um Ansätze im Alltag und im alltäglichen Zusammenleben im Quartier, wobei die dialogogische Grundhaltung („Dialogisch handeln und alle relevanten Akteure miteinbeziehen und beteiligen“) besonders wichtig erscheint. Man knüpft dabei gerne an Probleme im Stadtteil an, die den Menschen wichtig sind. Die gemeinschaftliche Lösung dieser Probleme steht dann im Vordergrund. Der Fokus ist dann auf Probleme im Quartier und nicht auf Unterschiede zwischen den Menschen gerichtet.

Mit diesem Ansatz befindet man sich in der Tradition der Gemeinwesenarbeit u.a. mit dem amerikanischen Philosophen und Reformpädagogen John Dewey (1859-1952), dessen Konzept heute wieder besonders aktuell erscheint. Für Dewey ist Demokratie „mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung“ (Dewey 1915/2011: 121). Demokratie zeichnet sich durch gemeinsame Ziele und Interessen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen sowie die Einhaltung der gesellschaftlich geteilten Normen und Regeln aus (vgl. Knoll 2018). Dewey verweist insbesondere auf die Nachbarschaften im Quartier und auf die Bedeutung des alltäglichen Zusammenlebens: „Die Demokratie muss zu Hause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemeinschaft (Dewey 1927/1996: 177). Hierbei verbindet er mit Nachbarschaftsgemeinschaften zugleich die Idee einer gelebten Pluralität trotz unterschiedlicher Interessen und einen lebendigen kommunikativen Austausch über die eigene Gemeinschaft hinaus (vgl. Rausch 2017). Eine lebendige Demokratie setzt auf persönliche Begegnungen, Vertrauen und Wertschätzung und entwickelt sich im gemeinsamen Handeln bei der Bewältigung von Problemen, die viele Menschen betreffen (vgl. Knoll 2018).

In einem solchen Handlungsmodell entstehen Synergieeffekte. Das setzt freilich voraus, zu wissen, wo der Schuh drückt, was die Dinge sind, über die die Menschen sich am meisten aufregen, aber auch ein Wissen darüber, in wie fern diese Themen sich für einen solchen Demokratisierungsprozess im Gemeinwesen eignen. In Rastatt gibt es bereits einige Erfahrungen im Einsatz der Methode aktivierender Befragung. Sie ist seit Jahrzehnten in zahllosen Projekten der Gemeinwesenarbeit erprobt und elaboriert worden. Leider finden sich die Erfahrungen

und Erkenntnisse dieser Untersuchungen in den vier Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in Rastatt nicht angemessen in den Jahresberichten wider. Die Kolleg*innen berichteten vor Ort in den Interviews durchwegs positiv von diesen Projekten, ließen aber erkennen, dass hierfür nicht genügend angemessene Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten.

Aus den Erfahrungen vieler erfolgreicher Projekte und Programme der Gemeinwesenarbeit in ganz Deutschland wurde eine Methode entwickelt, die sich vielfach bewährt hat. Dabei werden die Bürger*innen eines Stadtteils nicht nur nach ihren Meinungen und Einstellungen befragt, sondern gleichzeitig werden sie für ihre Umgebung sensibilisiert und zum Engagement für ihr Gemeinwesen ermutigt. Die einzelnen Schritte müssen hier nicht detailliert erläutert werden. (Vgl. <https://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/aktivierende-befragung/>). Der Leiter dieser Evaluationsstudie hat persönlich über viele Jahrzehnte hinweg mit dieser Methode sehr erfolgreich gearbeitet und nachhaltiges Bürgerengagement damit initiieren können.

Konkret wird angeregt, an allen Standorten der Gemeinwesenarbeit in Rastatt zu einem Runden Tisch einzuladen, über die vergangenen Wahlergebnisse in den jeweiligen Bezirken zu diskutieren und erste Schritte einer solchen „demokratischen Ratschlages“ vor Ort zu beraten.

Als konkreten Impuls zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit wird auf die Erfahrungen mit den sogenannte „Kontaktprogrammen“ verwiesen. Das sind gezielte Maßnahmen der Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer oder kultureller Herkunft. Hierfür können viele Gelegenheiten genutzt werden, z.B. bei Sport-, Freizeit- und Kulturaktivitäten, aber auch bei den in der GWA-Rastatt beliebten Koch- und Sprachkursen. Entscheidend sollte sein, dass es nicht längst Bekannte sind und dass es Menschen sind, die sich unterscheiden und für gewöhnlich nichts zusammen machen würden. Sie treffen sich auf Augenhöhe, verfolgen ein gemeinsames Ziel oder eine gemeinsame Tätigkeit, z.B. ein Spiel und lassen sich auf neue Erfahrungen ein. In der persönlichen Begegnung empfinden Menschen auf diese Weise zunehmend positive Gefühle dem anderen gegenüber. Wir alle kennen Menschen, die etwa sagen: „Ich hab doch nichts gegen Ausländer, im Gegenteil, unser Nachbar kommt aus der Türkei, den kenn ich schon lange, der ist immer freundlich und hilfsbereit, aber die...“ Solche Gelegenheiten der Begegnung gilt es zu organisieren. In Rastatt gibt es z.B. im Dörfel, aber auch im Bereich Bahnhof/Industrie oder in der Weststadt und in Rheinau-Nord mit Sicherheit eine Vielzahl solcher Erfahrungen im Zusammenhang mit den Hocks, Stadtteil und Spielfesten. Die Anregung bestünde darin, solche Ereignisse gezielt unter diesem Aspekt vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten. Wer könnte mit wem zusammengeführt werden? Wer hat nun lose Kontakte zu wem gefunden und wie könnten diese behutsam ausgebaut werden. Damit es nicht bei einmaligen Highlights bleibt, bedarf es spezifischer Projekte. Auf den ersten Blick klingt dies wenig kreativ und irgend altvertraut. Daher steckt jedoch eine immense wissenschaftliche Arbeit, die Prof. Dr. Andreas Beelmann, im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter dem Titel „Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus“ erforscht und anschließend veröffentlicht hat.

6.2.4 Zielgruppenübergreifende, aktivierende Gemeinwesenarbeit und Bewohner-selbstorganisation

Zum Ende dieser Studie soll noch einmal das eingangs favorisierte GWA-Verständnis von Dieter Oelschlägel in Erinnerung gebracht werden. Demnach ist Gemeinwesenarbeit „eine sozialräumliche Strategie sozialer Arbeit im weitesten Sinne, die sich ganzheitlich auf den Stadtteil und nicht pädagogisch auf einzelne Individuen richtet. Sie arbeitet mit den Ressourcen des Stadtteils und seiner BewohnerInnen, um seine Defizite aufzuheben. Damit verändert sie allerdings auch die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der Bewohnerinnen. Es geht ihr um die Lebensverhältnisse, Lebensformen und Lebenszusammenhänge der Menschen, auch so, wie diese sie selbst sehen. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit sieht seinen zentralen Aspekt in der Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt. Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen“ (Oelschlägel Dieter, 2011, <http://www.stadtteilarbeit.de/theoriegwa/grundlagen-gwa/359-chancen-gwa.html>)

Gemeinwesenarbeit hat sich stets am gesamten Gemeinwesen orientiert und dabei in der Regel bewusst auf eine spezifische Zielgruppenarbeit verzichtet. In modernen Konzepten der Sozialen Arbeit findet sich das z.B. wider in der Sozialraumorientierung, in Mehrgenerationenhäusern und/oder Stadtteil- und Familienzentren etc. aber auch in systemischen Handlungskonzepten. Ausgangspunkt wäre dann nicht die Spezialisierung z.B. auf einzelne Altersgruppen („Kinder- und Jugendliche“) sondern die jeweiligen sozialen Probleme im Quartier, die sich insbesondere an den aktuellen konkreten Bewohnerwünschen und -bedarfen orientieren. Aktivierende Befragungen und niedrigschwellige Kommunikationsangebote könnten brückenbildend wirken und zugleich die wichtigsten Themen und Anliegen der Bürger*innen zusammen tragen.

Es ist bereits im Kapitel zur GWA in der West-Stadt angeregt worden, die dortige Fokussierung auf die Zielgruppe Kinder durch eine konzeptionelle Weiterentwicklung in Richtung eines Familienzentrums zu überwinden. Hier könnten die hohen Qualitäten der Kollegin aus der GWA u.a. zum Ausbau der Elternarbeit in der gesamten Einrichtung gewinnbringend eingebracht werden. Insbesondere neben ihren pädagogischen Kompetenzen auch ihre vielen guten Kenntnisse und Beziehungen in den Stadtteil hinein. Desgleichen sollten die bisher bürgerschaftlich ambitionierten Bewohner*innen aus dem Stadtteil mit ihrem ehrenamtlichen Engagement und ihren Erfahrungen aus der langjährigen Bürgertätigkeit den Entwicklungsprozess zu einem Familienzentrum voranbringen helfen.

Gemeinwesenarbeit war seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert immer bestrebt, Menschen zu ermutigen, zu befähigen und darin zu unterstützen sich mit anderen Betroffenen oder Interessierten aus dem Stadtteil zusammzusetzen und langfristig angemessene Formen der Selbstorganisation zu entwickeln. Beim Lesen der Berichte und Konzepte, aber auch beim Nachfragen während der Interviews fiel auf, dass es in Rastatt, anders als in nahezu allen bekannten Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit keinerlei Organisationsformen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Gemeinwesenarbeit gibt. Ebenso fehlen Strukturen der verlässlichen Mitgestaltung des Gemeinwesensprozesses durch Betroffene, sei es in Form von Beiräten

oder Sprecherkreise. Zwar gibt es Bürgervereine, aber diese haben schon traditionell eine andere Ausrichtung und sind auch in den jeweiligen Quartieren der Gemeinwesenarbeit nicht die anvisierten Bewohner*innengruppen. Es soll an dieser Stelle angeregt werden, dass die Fachleute vor Ort gemeinsam mit den dort bereits aktiven Bürger*innen umsichtig beraten, welche möglichen Organisationsformen ihren Vorstellungen und Bedürfnissen entsprechen könnten. Vielleicht könnten auch Exkursionen in andere Städte diesen Denkprozess unterstützen. Kontakte können gerne vermittelt werden.

Moderne Gesellschaften sind von einer hohen Individualisierung und dem Rückzug aus der Öffentlichkeit ins Private geprägt. Viele Menschen klagen zugleich über hohe berufliche und familiäre Belastungen. Oftmals fehlt es an sozialer Unterstützung sowie informellen Netzwerken. Gerade in Quartieren mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund und zunehmend auch mit betagten älteren Menschen sind soziale Unterstützungssysteme, die auf das bürgerschaftliche Engagement und die freiwillige Mitverantwortung für die Geschicke des Stadtteiles unverzichtbar. Nicht von ungefähr setzen alle Inklusionsmodelle beispielsweise in der Arbeit mit Menschen, die gehandicapt sind, aber auch und gerade die Zukunftsmodelle zur Bewältigung künftiger Pflege- und Unterstützungsbedarfe im Alter auf die strukturschaffenden Potenziale der Gemeinwesenarbeit. Auf das spezielle Programm der Landesregierung „Quartier 2020“ wurde bereits hingewiesen. Rastatt sollte hier seine Chancen suchen.

Es soll hier keine bestimmte Form der Bewohneraktivierung und -organisation vorgegeben werden. Das können die professionellen Fachleute vor Ort, ganz im Sinne des oben ausgeführten Tripelmandates, am allerbesten selber mit den interessierten Bürger*innen initiieren und auch mit der Stadtverwaltung aushandeln. Hierfür bedürfen sie freilich eines Auftrages, bzw. die Ermutigung neue Wege ausprobieren zu können.

Aufgabe der Gemeinwesenarbeit wird es sein, bislang wenig bis gar nicht aktive Bürger*innen durch diverse Aktionsformen und Kommunikationsinstrumente ebenso zu aktivieren, wie die bereits engagierten Bürger*innen und Organisationen in diesem Prozess zu integrieren. Dies wird umso nachhaltiger gelingen, als die konkreten Wünsche und Vorstellungen zu Veränderungen im Stadtteil auch im Dialog mit den politisch Verantwortlichen kommuniziert werden und in Maßnahmenpakete münden.

Am Rande soll in diesem Zusammenhang auf eine weitere bewährte Methode zur nachhaltigen Gewinnung von Bewohner*innen im Gemeinwesen hingewiesen werden: Das Community Organizing. Diese Methode kommt aus den USA und wurde dort über Jahrzehnte in vielen Städten erfolgreich praktiziert. Bei diesem bewährten Konzept geht es darum, anknüpfend an den Bedürfnissen und Themen der Menschen, über die ganz persönliche Ansprache, gewissermaßen im Schneeballsystem möglichst viele Menschen für eine aktive Mitarbeit in Gemeinwesensprozessen zu gewinnen. Der mit Sicherheit berühmteste Community Organizer ist der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama. Er schrieb in seiner Autobiographie: „1983 beschloss ich, Stadtteilarbeit zu machen. Ich verband keine konkreten Vorstellungen damit ... Stattdessen sprach ich von notwendigen Veränderungen ... Veränderungen kämen aber nicht von oben, sagte ich, sondern von unten, von einer mobili-

sierten Basis. Das also sei meine Idee: an der Basis arbeiten, in den schwarzen Stadtteilen. Damit sich etwas tut im Land" (Obama 2008: 147; zitiert nach: <http://www.stadtteilarbeit.de/themen/theorie-stadtteilarbeit/communityorganizing-76/329-barack-obama.html>).

Obama soll es auch vorbehalten sein, hier ein Schlusswort zu formulieren: „Organizing beruht auf der Annahme, (1) dass die Probleme, mit denen die innenstädtischen Gemeinden konfrontiert sind, nicht von einem Mangel an wirksamen Lösungen herrühren, sondern von einem Mangel an Macht, diese Lösungen umzusetzen, (2) dass der einzige Weg für Nachbarschaften, längerfristig stark zu werden, ist, Menschen und Geldmittel um eine gemeinsame Vision herum zu organisieren; und (3) dass brauchbares Organizing nur erreicht werden kann, wenn sich eine breit verankerte Führungsgruppe aus Stadtteilbewohnern bildet – und nicht nur ein oder zwei charismatische Führungspersönlichkeiten – die die unterschiedlichen Interessenlagen ihrer örtlichen Institutionen verknüpfen kann.“ (Obama Barack, 1988).

Abschließend soll den Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen gedankt werden, die sich für die Interviews zur Verfügung gestellt haben. Vor allem soll den Kollegen des Fachbereiches Jugend, Familie und Senioren in der Stadt Rastatt soll für die vorzügliche Kooperation und fachliche Zusammenarbeit, insbesondere Herrn Rodriguez außerordentlich gedankt werden.

Freiburg, 7.9.2019

Prof. Dr. Günter Rausch